

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

19 (24.1.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelleite 28 P. Reklame 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Postfach, Karlsruhe 2650. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481 Schriftleitung: Georg Schöplin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Dr. Marx nimmt offiziell an

Berlin, 22. Jan. (Ein. Bericht.) Amlich, Reichsanstalt Dr. Marx beabsichtigt heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichte über die gestrigen Beschlüsse der Zentrumsfraktion und erkläre, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Berlin, 22. Jan. (Ein. Bericht.) Amlich wird gemeldet: Im Laufe des Samstag vormittag trat das geschäftsführende Reichskabinett zur Erledigung einiger laufender Anlegenheiten zusammen, die keinen Ausschub duldeten. Mit Fragen der Regierungsbildung befaßte sich das Reichskabinett nicht. In Ausführung des ihm vom Herrn Reichspräsidenten gewordenen Auftrags habe in den Mittagsstunden Reichsanstalt Dr. Marx zunächst eine Aussprache mit den Reichsministern Dr. Stresemann und Dr. Brauns. Er empfing im Laufe des Nachmittags die Abgeordneten Koch, Erkelenz und Dr. Haas von der Deutschen Demokratischen Partei, den Abgeordneten Prälaten Leich von der Bayerischen Volkspartei und schließlich die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraf von der Deutschnationalen Partei. Die eingeleiteten Besprechungen mit den Parteiführern der verschiedenen Fraktionen werden am Montag fortgesetzt.

Berlin, 24. Jan. (Funkdienst.) Der Reichsanstalt Dr. Marx hat am Sonntag mit Unterstützung seiner Parteifreunde Brauns, Wirth und Stenzel ein Regierungsprogramm ausgearbeitet, auf das insbesondere die Deutschnationalen treten wollen. Es werden ihnen, so verlautet, weitestgehend heute im Zusammenhange mit diesem Programm ganz konkrete Fragen über Republik und Verfassung, Reichswehr und Außenpolitik vorgelegt werden. Marx beabsichtigt übrigens auch im Laufe des heutigen Tages mit den maßgebenden Vertretern der Sozialdemokratie zu verhandeln.

Salbung der Demokraten

Die Deutsche demokratische Reichstagsfraktion gibt über ihre Haltung folgendes Kommuniqué aus: In der am Samstag abgehaltenen Fraktionsversammlung wurde die Kundgebung der Zentrumsfraktion begrüßt. Man sah aber den vollen Wert dieses Dokumentes erst dann gegeben, wenn es nicht die Erklärung einer einzelnen Partei ist, sondern als Mindestprogramm von allen für die Bildung einer Regierung überaus in Frage kommenden Parteien ausdrücklich anerkannt und gebilligt ist. Die Fraktion hat deshalb ihren Vorsitzenden beauftragt, der Zentrumsfraktion anheimzugeben, daß sie vor den Verhandlungen über die parteipolitische und persönliche Zusammenlegung des Kabinetts allen diesen Parteien einschließlich Sozialdemokraten und Deutschnationalen das Dokument zur Erklärung und Zustimmung unterbreite.

In dem Sinne des vorstehenden Beschlusses haben die demokratischen Vertreter sich auch bei ihrem Empfang durch den Reichsanstalt Dr. Marx ausgesprochen. Der Reichsanstalt Dr. Marx hat, wie verlautet, die Anregung der Demokraten wohlwollend und entgegenkommend aufgenommen und sich in dem Sinne geäußert, daß er selbst schon ähnliche Absichten gehabt habe. Eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten hat jedoch am Samstag nicht stattgefunden.

Eine Verlautbarung Dr. Wirths

Der frühere Reichsanstalt Dr. Wirth, der an dem Ursprung des Zentrums-Manifestes, gegen das die Deutschnationalen nicht viel einzuwenden haben, maßgebend beteiligt war, schreibt in dem letzten Heft der „Deutschen Republik“:

„Es ist unmöglich, daß an der Leitung des neuen deutschen Reiches Politiker beteiligt sind, die seinen verfassungsmäßigen Aufbau absolut ablehnen. Die Leitung des Reiches diesen Leuten anheimzugeben, hieße einen Staatsorganismus seinen natürlichen Feinden ausliefern. Es gibt wohl in den bürgerlichen Kreisen außerhalb der Deutschnationalen nicht zuletzt auch im Zentrum Politiker, die den deutschnationalen Treib auf Reaktion und Restauration für abgestumpft halten. Es ist ein Verstum, er kann sich nicht abschwächen, solange Führer wie Westarp, solange überhaupt Männer des alten deutsch-konservativen Schlages die Politik der Deutschnationalen vorgeben bestimmen. Für die klare Weiterführung des deutschen politischen Rufes der Nachkriegszeit trägt nicht zuletzt die Zentrumsfraktion des Reichstags höchste Verantwortung.“

Gewiß, die Zentrumsfraktion des Reichstags trägt höchste Verantwortung für die Sicherung dieses politischen Rufes. Aber, wie sie sich dieser Verantwortung bewußt ist, zeigt Marx durch seine Verhandlungen mit den — wie Wirth sagt — „natürlichen Feinden“ des republikanischen Staatsorganismus. Diese Verhandlungen werden wiederum im Auftrage der Zentrumsfraktion auf der Basis des von Herrn Wirth verfaßten Manifestes geführt. So stehen die Dinge und sie werden kaum einen anderen Lauf nehmen, so lange man sich wie Herr Wirth mit Worten begnügt. Man

kann nur bedauern, daß auch Herr Dr. Wirth trotz entgegengelegter Absichten praktisch zu dieser Brücke zum Bürgerblock seine Hand geboten hat; denn was ist das Manifest anderes als der Wegweiser zur Rechtskoalition? Es gibt in ihm kaum eine Formulierung, die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion glatt abgelehnt werden dürfte. Westarp will regieren und dazu bietet ihm die Zentrumsfraktion die besten Möglichkeiten. Marx mag jetzt noch so viel „konkrete Fragen“ an die Deutschnationalen stellen, sie schlucken alles und werden später das Gegenteil tun und behaupten.

Die Deutschnationalen machen unter allen Umständen mit

Berlin, 22. Jan. (Ein. Meldung.) Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich am Samstag in einer vertraulichen Sitzung mit der politischen Lage befaßt. Es wird in deutschnationalen Kreisen betont, daß die Richtlinien, die das Zentrum als eine Basis für Verhandlungen ausgearbeitet hat, keinen Hinderungsgrund für die sachliche Zusammenarbeit bedeuten.

Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp schreibt zu dem Zentrumsmanifest u. a.: „Mit dem Beschluß des Zentrums, der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten Folge zu leisten, ist fraglos ein erheblicher Schritt zur endlichen Lösung der Regierungskrisis getan. Wir vermissen jedoch keineswegs, daß noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber bei gutem Willen, und wenn feindselige Schikanen und Auslegungen der beiderseitigen Auffassungen vermieden werden, wird ein Ausgleich der verschiedenen Standpunkte in praktischer Hinsicht möglich sein. Wir gestehen ohne weiteres zu, daß für das Zentrum die nun einmal begonnene Schwere nicht einfach zu vollziehen war, aber andererseits geben wir zu bedenken, daß es für die Deutschnationalen und ihre Gefolgschaft doch auch ein einschneidendes Schritt ist, in ein Kabinett unter Führung von Dr. Marx hineinzugehen, dessen politische Veranlassung in einer meist uns entgegengegangenen Richtung liegt. Es müssen also von beiden Seiten Opfer gebracht werden.“

Die Rückwirkung auf die Außenpolitik

Paris, 22. Jan. (Ein. Draht.) In den höchsten Einkreisen hatte man bis vor letzten Stunde gehofft, daß das Zentrum doch noch zur Bekämpfung kommen und durch Ablehnung der von Hindenburg erteilten Markthorcher das Zustandekommen einer Reichsregierung vereitelt würde. Die letzten aus Berlin kommenden Meldungen haben diese Hoffnungen bitter enttäuscht, und in maßgebenden politischen Kreisen macht man keinen Hehl mehr aus der tiefgehenden Veräufelung, die diese unerwartete Wendung dieser Krise hinterläßt. Wenn Stresemann und die Rechtsparteien sich wirklich der Illusion hingeeben haben sollten, daß die Außenpolitik durch die Zusammenlegung des neuen Kabinetts wirklich in keiner Weise beeinträchtigt wird, so dürfte sie inzwischen die Auseinandersetzungen darüber, die seit zwei Tagen in der Presse und in parlamentarischen Kreisen geführt werden, belehrt haben, wie groß ihr Irrtum ist. Bodenlos lassen die Kommentare der gesamten französischen Presse nicht nur den geringsten Zweifel mehr, daß man hier in dem Zustandekommen einer Reichsregierung in Deutschland ein unüberwindliches Hindernis für die Fortführung der Verständigungspolitik sieht und der Umfall des Zentrums den Hoffnungen auf baldige Befreiung des Rheinlandes für lange Zeit hinaus die Türen zugeschlagen hat.

„Was Herr Stresemann darüber auch denken mag“, so schreibt heute im „Populaire“, die Rückwirkungen eines Sieges der Deutschnationalen auf die auswärtige Politik ist unanschaulich. Gewiß, der Gedanke einer deutsch-französischen Annäherung kann und darf nicht ausschließlich von der Zusammenlegung der Kabinette in Berlin und Paris abhängen. Das zu erreichende Ziel ist so hoch gesteckt, daß es unter allen Umständen über den innerpolitischen Kämpfen stehen muß. Trotzdem aber wird man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen können, daß die Zusammenlegung der Regierungen von größtem Einfluß auf die Verwirklichung dieser Politik ist und auf die öffentliche Meinung ist. Unter diesen Umständen ist es völlig abwegig, zu glauben, daß das Zustandekommen der Regierung in Deutschland, die sich auf die Wonnarfülle stützt, ohne Wirkung auf die Fortführung der Annäherungspolitik ist, die sich nur in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln vermag.“

London, 22. Jan. (Ein. Draht.) Aus der gesamten Berichterstattung der Londoner Presse über die durch Hindenburgs Appell geschaffene Lage geht hervor, daß sämtliche Korrespondenten der großen Londoner Presse mit einer einzigen Ausnahme die Auffassung der deutschen republikanischen Presse teilen. Sie bezeichnen Hindenburgs Brief als eine Ueberschreitung seiner verfassungsmäßigen Rechte. Am schärfsten äußert sich der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“, der wörtlich schreibt: „Wie schon einmal, anfänglich der Volksabstimmung über das Fiskusvermögen hat Hindenburg wiederum gegen die Linke Partei ergriffen. Eine flagrantere Verletzung des verfassungsmäßigen Vorgehens ist kaum denkbar.“

Gewerkschaften und Bürgerblock

Statt der berühmten Silberstreifen der Dresdener Tagung des Reichsoverbundes der Deutschen Industrie steht nunmehr die unheilswangere Wolke des Bürgerblockes am Horizont. Statt Silberstreifen Wetterleuchten des Klassenkampfes! Nicht sofort wird die Frage der fatten Versäufelung sich in ihrer ganzen Schönheit zeigen. Zunächst wird der Bürgerblock eine arbeiterfreundliche Fassade aufgesetzt bekommen. An sozialpolitischen Nebenarten wird es nicht fehlen; denn die Sozialpolitik wird nun einmal im Laufe des Jahres 1927 im Mittelpunkt der Reichstagsarbeit stehen. Arbeitslosenversicherung, Arbeitsschutzgesetz, Arbeitszeitregelung, Mietenfrage — eine ganze Fülle ernstester Probleme steht zur Entscheidung, deren Bedeutung für die Arbeiterschaft nicht erst noch betont zu werden braucht.

Das Zentrum, das auf die Christlichen Arbeiter Rücksicht nehmen muß, hat nicht umsonst seinem Manifest noch ein besonderes sozialpolitisches Programm hinzugefügt. Beachtenswert ist, daß dieses sozialpolitische Programm in wichtigen Punkten sehr wenig klar und bestimmt gehalten ist. Warum hat man nicht den wichtigeren Teil der erst vor einigen Tagen vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgestellten und als besonders dringlich bezeichneten Forderungen in das sozialpolitische Programm des Manifestes übernommen? Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind klar und konkret; das sozialpolitische Programm des Zentrums dagegen ist zwar sehr wortreich, aber dort, wo es darauf ankommt, deutlich zu sprechen, auffallend schweigsam. Es redet z. B. nur davon, daß vor allem die Arbeitszeit im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden müsse. Im Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes dagegen wird klar gefordert; schnelle Durchführung der Zwischenlösung in der Arbeitszeitfrage, Durchführung des Achtstundentages, Durchführung der vollen Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe! Das Manifest soll, wie die „Germania“ erklärte, als „neuer erlösender Magnet“ wirken — auf sozialpolitischem Gebiet ist von Anziehungskraft leider nicht allzuviel zu spüren.

Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vor allem seine wichtigsten Forderungen, in denen er zum großen Teil mit den übrigen Gewerkschaften gemeinsam marschiert, werden bei einer Regierung des Bürgerblockes unter den Tisch fallen. Man braucht sich nur jeden einzelnen Punkt des Arbeitsprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzusehen und man weiß sofort, was den Christlichen Arbeiter innerhalb des Bürgerblockes blüht. Im Bürgerblock werden sie verraten und verkauft, fünftes Rad am Wagen sein — nur das Feigenblatt für schmutzige Ausbeuterei.

Die orakelhafte Ausdrucksweise des sozialpolitischen Programms des Zentrumsmanifestes erleichtert den Schrittmachern des Bürgerblockes die Arbeit. Für die politischen Hochstapler auf der Rechten wird es ein Leichtes sein, aus dem Manifest ein besonderes „Arbeitsprogramm“ für den Bürgerblock herauszufischen. Unverbindliche sozialpolitische Redewendungen werden bedenkenlos in Kauf genommen werden. Das Zentrum mag sich hundertmal als „die Partei der Sozialreform“ rühmen — im Wind und Wetter des politischen Tageskampfes wird die sozialpolitische Fassade des Bürgerblockes in kurzer Zeit in Nichts zerfallen und der Zwinger des Volkes zur Niedertrümpelung der Besitzlosen zum Vorschein kommen. Dem Bürgerblock ist Sozialpolitik, Sozialreform nur Grauel und Abscheu. Er will, daß die Wirtschaft in Ruhe gelassen wird. Die Satten wollen Ruhe. Ihre Bürgerblockparole lautet: Ich liege und bestre, laßt mich schlafen!

Konferenz der englischen Arbeiterpartei

London, 21. Jan. (Ein. Bericht.) Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände hat am Freitag die Verhandlungen mit einem Vertrauensvotum für den Generalkonvent beendet und im Namen der großen Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft Englands die Behauptungen der Bergarbeiter entkräftigt, daß der Generalkonvent die Bergarbeiter im Mai 1926 im Stich gelassen hätte. Es stimmten für den Generalkonvent die Vertreter von 2 840 000 gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, gegen den Bericht 1 095 000. Gegen den Generalkonvent stimmten außer den Bergarbeitern die Holzarbeiter und die im Handel angestellten Arbeiter.

Der Abstimmung ging eine große Aussprache voraus, in der Citrine mit seiner außerordentlich geschickten Verteidigung des Generalkonvents auch auf den linken Flügel großen Eindruck gemacht hatte. In der Debatte sprachen die Führer beinahe aller großen Gewerkschaften. In seiner abschließenden Rede forderte der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Hils, dessen Rhetorik im ganzen Verlauf der Verhandlungen Genstand lebhafter Erörterungen gewesen war, die Delegierten auf, dem neuen Appell verschiedener Redner Folge zu leisten, die Vergangenheit begraben sein zu lassen und sich nunmehr der Aufgabe des Wiederaufbaues der Gewerkschaften zu widmen.

Gegen den nordamerikanischen Imperialismus

Paris, 24. Jan. (Funkdienst.) Neuerer Blätter zufolge haben die Gewerkschaftsorganisationen in Buenos Aires, Santa Jacoba, Chile und Montevideo große Massenemonstrationen abgehalten, in welchen sie gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten von Mexiko und Nicaragua gegenüber protestierten.

Frankreich und Italien

Die Vorgänge im mittleren Osten

Die Erklärung Briand und Mussolini über die guten Beziehungen der beiden großen lateinischen Völker schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die französisch-italienische Spannung im Osten nicht nur weiter besteht, sondern sogar im Zunehmen begriffen ist. Im Augenblick ist das Kampfbildet in Syrien, das sich Frankreich mit allen Kräften zu halten bemüht, während Italien alle direkten und indirekten Mittel anwendet, um in den Besitz des Mandats über dieses Land zu gelangen. Kritisch betrachtet ist das Ringen um Syrien kein Problem, das die Existenz Frankreichs wie Italiens ernsthaft berühren oder gar gefährden könnte. Die aus der syrischen Frage sich ergebenden Differenzen sind vielmehr das Ergebnis eines historischen Durchschneiders unkontrollierbarer Vermählungen, lokaler Einflüsse sowie kommerzieller und propagandistischer Eifersüchteleien.

Es klingt wie Ironie, aber es ist Tatsache, daß die Orientpolitik sowohl des antipolitischen Italiens wie des fröhlich-generischen Frankreichs auf der Propaganda der katholischen Kirche aufgebaut ist. Dem päpstlichen Nuntius in Beirut wird von französischer Seite vorgeworfen, daß er der Agent des schicksalhaften Imperialismus und das geistliche Haupt der antifröhen Propaganda unter den christlichen Syrern ist. Die Drahtzieher der französischen Politik in Syrien sind, wie es General Serail sehr zu seinem Schaden hat erfahren müssen, die katholischen Missionen und die aus Frankreich ausgewiesenen Orden. Ihr Einfluß auf die ausführenden Organe der französischen Politik ist so mächtig, daß sie jeden ihrer Gegner hilflos aufs Trockene zu setzen vermögen.

Es ist sehr interessant, die Motive kennen zu lernen, aus denen sowohl Italien wie Frankreich ihre Rechtsansprüche auf das zwischen ihnen strittige Objekt ableiten. Sie ergeben sich aus dem Länderhader, der vor und nach dem Ende des Weltkrieges mit den Objekten aus der Kontraktmasse Oesterreich-Ungarns und der Türkei getrieben wurde. Während Italien damals Triest und Dalmatien vor Syrien und Anatolien den Vorzug gegeben hat, erhebt es jetzt als dritte Mittelmeerzivilisation seine Ansprüche auf die beiden Gebiete, die von Frankreich mit dem Hinweis auf seine großen Opfer an Menschen und Geld für das syrische Mandat zurückgewiesen werden.

Die Gefahr eines französisch-italienischen Konfliktes ist im Augenblick nicht groß, da England immer wieder seine ganze diplomatische Kunst wird spielen lassen, um die Balance zwischen den beiden Mächten herzustellen. Die Kosten eines italienisch-französischen Kompromisses wird aber ein Dritter, in diesem Falle wahrscheinlich die Türkei, zu tragen haben und zwar in der Form, daß Italien seine langgeschwundenen Konzeptionen im Gebiet von Mesina erhalten wird. Das betrübende Ergebnis dieses Kuhhandels, zu dessen Sanftionierung der Völkerbund angeregt werden soll, ist eine Verstärkung des Mißtrauens der orientalischen Welt gegen die europäischen Kolonialpolitik. Die arabische Presse Ägyptens, die stets ein getreues Spiegelbild für das politische Denken des Islam bildet, ist im Augenblick voll von Beschwörungen und Vorschlägen zur Schaffung einer mohammedanischen Einheitsfront. Sie begründet ihre Forderungen mit der Notwendigkeit eines verstärkten Selbstschutzes der farbigen Völker angesichts der Parteilichkeit des Völkerbundes.

In einer solchen Atmosphäre müssen ständig neue Voraussetzungen für einen Europa gerichtete Kombinationen der orientalischen Völker entstehen. Der asiatische Völkerbund ist zwar sehr schnell wieder sehr schlafen, aber wenn das Doppelspiel der europäischen Politik gegen den Osten in dieser Form weiter fortgesetzt wird, so kann er jeden Augenblick wieder aufleben und sich zu einem sehr ernsthaften Gegner des Völkerbundes entwickeln.

Regelung des Finanzausgleichs

Konferenz sozialdemokratischer Vertreter

Aus Berlin wird berichtet: Am 20. Januar fand im Reichstage eine von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einberufene Konferenz mit Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und sozialdemokratischen Gemeindevorstellern statt. Ihr Zweck war die Erörterung der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Sie wurde vom Genossen Keil geleitet, der darauf hinwies, daß die erste beratende Konferenz sei und ihr Verlauf bescheiden müsse, daß die gemeinsame Grundanschauung aller Beteiligten eine Verständigung leicht herbeiführen lasse. An ein einleitendes Referat des Genossen Ders, in dem sowohl die strittigen Fragen der Uebergangsregelung des Finanzausgleichs besprochen wurden, als auch die großen Streitfragen für die endgültige Regelung, schloß sich eine eingehende Aussprache an. In ihr trat volle Übereinstimmung in dem Bestreben hervor, eine gemeinsame Linie für die Stellungnahme zu den schwierigen Fragen des Finanzausgleichs zu finden. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß die Uebergangsregelung nicht, wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, auf ein Jahr, sondern auf zwei Jahre beschränkt werde. Auch müsse die Umsatzsteuergarantie für diese Zeit aufrechterhalten werden, da die veranschlagte Entlastung von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht in dem behaupteten Umfang zu erwarten sei. Der Fortfall der gemeindlichen Getränkesteuer und des Zuschlags zur Grunderwerbsteuer sei für Länder und Gemeinden finanziell untragbar. Bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs sei eine Verwirklichung des Ueberweisungssystems, der Gewährung des Zuschlagsrechts zur Einkommen- und Körperschaftsteuer vorzuziehen. Die in Aussicht stehende Fortsetzung der Hauszinssteuer müsse eine Beilegung der letzten Härten bringen, dürfe aber nicht zu einem Geschenk an die zahlungsunfähigen Schuldlosen Hausbesitzer werden.

Den Beratungen der Konferenz lagen Leitfragen zugrunde, die im allgemeinen Zustimmung fanden. Ihre endgültige Formulierung wurde der Reichstagsfraktion überlassen, die auch für eine geeignete Veröffentlichung zu sorgen habe.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich

Paris, 21. Jan. (Eig. Bericht.) Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nach den amtlichen Statistiken in den letzten Tagen auf 38 300 erhöht. Im Laufe der letzten Woche betrug sie nach 27 000. Von den Arbeitslosen entfallen rund 20 000 auf die Stadt Paris und Umgebung gegenüber 14 000 in der letzten Woche und 7000 Anfang Januar.

Kommunistenprozess

Leipzig, 21. Jan. (Eig. Bericht.) Der Landarbeiter und kommunistische Kreisdelegierte Fritz Klonhammer aus Charlottenhof bei Doope (Schleswig-Holstein) hatte sich am Freitag wegen Vorbereitung zum Hochverrat, unbefugten Waffenbesitzes und Sprengstoffverbrechen vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Klonhammer hatte im Jahre 1923 mehreren Völkischen, die in der Umabauung von Charlottenhof bei GutsMuths beschäftigt waren, größere Mengen Waffen und Sprengstoffverpackungen abgenommen, als sie diese für Putschzwecke verpacken wollten. Um die Waffen nicht wieder in die Hände der völkischen Drahtzieher zu spielen, bewachte Klonhammer die Sprengkörper in seiner Wohnung auf. Im April 1926 wurden bei ihm neun Säcke mit 388 Handgranaten teilweise beschlagnahmt. Der Angeklagte gab zu, die Sprengkörper verborgen gehalten zu haben, jedoch nur deshalb, weil er in Vertrauen zu den Völkischen hatte, da er annahm, daß die Waffen doch wieder den Völkischen annehmbar würden.

Das Gericht schenkte den Anträgen des Angeklagten keinen Glauben, vielmehr nahm es an, daß die Waffen für einen kommunistischen Aufstand Verwendung finden sollten. Es verurteilte Klonhammer wegen Vergehens nach § 7 des Verfassungsgesetzes und § 6 des Sprengstoffgesetzes zu 15 Monaten Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe und 7 Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden dem Angeklagten angerechnet.

Die Franzosen drohen mit einem Strafverfahren

Kaiserslautern, 21. Jan. Die französische Besatzungsbehörde in Kaiserslautern hat im Auftrag des Kommandierenden Generals des 32. französischen Armeekorps dem Oberbürgermeister der Stadt mitgeteilt, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet würde, wenn das durch den Requisitionsbefehl vom 24. Dezember 1926 beschlossene Doppelhaus des Gagalh (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Anstellungsbemittelten) nicht bis zum 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, geräumt sei. Die französische Besatzungsbehörde scheint demnach gewillt zu sein, die Beschlagnahme dieses Doppelhauses zur Unterbringung von vier französischen Unteroffizieren zu erlauben, wenn die Beschlagnahme der deutschen Stellen aufrecht erhalten zu werden.

(Das betreffende Haus gehört zu den fünf Doppelhäusern, die im Jahre 1926 mit Zuschüssen des Staates und mit Hilfe der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von der Gagalh aus den Aufwendungen der Seimittlerbesitzer und den Beiträgen der übrigen Mitglieder erbaut wurden.)

Großhandelsindexziffer v. 19. Jan. 1927

Die steigenden Lebenshaltungskosten
Berlin, 22. Jan. Die auf den Stichtag des 19. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 136,0 und ist gegenüber der Vorwoche um 0,2 Prozent gestiegen. Die Indexziffer der Rohstoffe hat bei steigenden Getreide- und Kohlepreisen um 0,6 Prozent auf 114,2 zugenommen. Die Indexziffer der Industrieprodukte und Halbfabrikate hat sich weiter leicht auf 129,1 erhöht, während die Indexziffer der industriellen Verbrauchsgüter mit 141,6 keine Veränderung erfahren hat.

Von den Wirtschaftskämpfen

Wohum, 22. Jan. (Eig. Draht.) In Essen fand eine Funktionärskonferenz des Vereines christlicher Bergarbeiter statt, die aus allen Teilen des Ruhrgebietes beauftragt war. Die Konferenz nahm zu den Tarifverhältnissen im Bergbau Stellung und beschloß, dem Vorstand die Kündigung des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens am 31. Januar zum 31. März zu empfehlen. Der Vorstand des Gewerkscheines christlicher Bergarbeiter wird sich mit den übrigen der Tarifgemeinschaft angeschlossenen Bergarbeiterverbänden wegen der Kündigung des Manteltarifs und des Mehrarbeitsabkommens in Verbindung setzen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die anderen Bergarbeiterverbände sich dem Beschluß des Gewerkscheines christlicher Bergarbeiter anschließen werden.

Dresden, 22. Jan. Die Dresdener Verhandlungen zur Regelung der Arbeitseisen in der württembergischen Textilindustrie haben zu folgendem Schiedsspruch geführt: Das Arbeitsabkommen bleibt unverändert. Bei Ueberstunden über 58 Stunden in der Woche hinaus ist unbedingt eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und der gesetzlichen Betriebsvertretung notwendig. Das Abkommen besteht bis 30. Juni 1927. Dieser Schiedsspruch trägt den Forderungen der Unternehmer völlig Rechnung. Für die Arbeiterschaft ist er unannehmbar. Es hat den Anschein, als ob man behördlicherseits die Dinge auf die Spitze treiben will. Der Zwangsstreik kann die Arbeiterschaft nicht davon abhalten, ihre Rechte mit den ihnen geeignet erscheinenden Mitteln zu verteidigen.

M. Glabbach, 22. Jan. Der Schiedsspruch, der das von den Gewerkschaften geforderte Mehrerstattungsrecht für die Textilarbeiter des Mülhens-Glabbach-Kneibter Bezirkes erweist. Die Kraft liegt, ist von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Arbeitsvereiner haben den Spruch, der eine Ausdehnung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit bis zu 54 Stunden ermöglicht, angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Reichsbahnbeamte zum Stellenplan 1927

In einer von der Ortsgruppe Karlsruhe des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands am 19. d. Mts. im Restaurant „Grünwald“ abgehaltenen Beamtenversammlung wurde über den Haushaltsplan 1927, welcher in den letzten Tagen von der Reichsbahnverwaltung zur Ausgabe gelangte, Bericht erstattet. Ebenso über die Änderungen der Personalordnung, welche am 1. Februar in Kraft treten. Der Reichsbahnrat Bezirksleiter Seini führte u. a. aus, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1927 hauptsächlich die vielen Beamtenstellen entfallen werde. Die Beamtenstellen habe man von 12 101 im Jahre 1926 auf 11 850 im Jahre 1927, somit um 252 reduziert. Das stehe im Widerspruch mit den Ausführungen des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft, D. Dornmüller, der in seiner Rede vom 3. November u. a. die Personalverteilung und den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärt habe, es sei beabsichtigt, die Beförderungsverhältnisse allgemein zu verbessern, die wirtschaftliche Lage des einzelnen Beamten zu heben und das Fortwärtkommen in der Landbahn zu fördern. Trotz dieser schönen Worte des Generaldirektors bedeute der neue Stellenplan ein systematischer Weiterabbau, ganz besonders der unteren Beamtengruppen im Betriebsdienst. Was an neuen Stellen geschaffen wurde, seien 35 für Betriebsassistenten und 20 für Wertführer in den Heiz- und Kraftwerken; dafür habe man aber bei anderen Gruppen umföhrer Stellen getrichen. Die Perso-

nalordnung, die für die Reichsbahnbeamten aufgrund des Reichsbahngesetzes in Form einer Verwaltungsverordnung mit erheblichen Reduzierungen erlassen worden sei, sei die Beamten in 3 Klassen ein. Während früher die Eisenbahnbeamten nach dem badiischen Beamtengehalt gleiche Privilegien und Rechte hatten, auch in der Frage der künftigen und unföhrbaren Anstellung, tritt auf 1. Februar die Bestimmung in Kraft, wonach in Zukunft die Beamten der Besoldungsgruppen 1-4 (Höchstämter) nach 10 Jahren (sonstige waren 20 Jahre vorzuziehen) unföhrbar angestellt werden; Beamte der Besoldungsgruppen 5-9 nach 5 und von Gruppe 10 aufwärts nach 3 Jahren. Dadurch werden die Beamten der unteren Gruppen zu solchen minderen Rechts gestempelt. Die Beschäftigung der unteren Beamtengruppen besteht auch hinsichtlich der künftigen Anstellung. Es sind die Kündigungsfristen bei den Gruppen 1-3 auf einen Monat, bei den Gruppen 4 und 5 auf zwei Monate und bei den Gruppen 6-9 auf drei Monate vorzuziehen. Durch diese Klassifizierung werden von oben der Kampf in die Beamtenhaft hineingetragen. Wenn ein Arbeitgeber sich dieses erlauben kann, so schäme er kein Personal sehr gering ein. Vielleicht leben aber die Beamten der unteren Gruppen bald ein, daß sie ihr Recht nicht bei den sogenannten neutralen Beamtenvereinigungen finden, die zu 90 Prozent Verwaltungsinteressen vertreten, sondern, dort immer mehr unter die Räder kommen.

Dem großen Ablehner Reichsbahngesellschaft ist trotz aller schöner Reden das Berufsbeamtenamt ein Dorn im Auge. Aber sich vor weiterer Enttarnung schützen will, brauche eine Kammerkassendation, wie sie der Einheitsverband darstellt, der sich bemüht für die Interessen der Eisenbahner kämpfe. Je stärker der Einheitsverband, desto mehr Aussicht, daß die fortgeschritten rechtlichen und wirtschaftlichen Beschäftigten aufhören.

Von der darauffolgenden Diskussion wurde reichlich Gebrauch gemacht, und kam besonders die große Enttäuschung über den Stellenplan zum Ausdruck. Die Personalpolitik der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft gebe zu immer größerem Mißtrauen Anlaß. Es sei auch beabsichtigt, die Wohnungsämter für Dienst- und Mietwohnungen im voraus zu erheben, wie dies bei der Geldbedacht der Fall sei. Man lübe das Personal auszunutzen, wo man nur könne. Aufgabe der Kammerkassendation müsse es sein, auf allen Gebieten den Gehalt anzuhöhen und vor allem den Entlassungen von Lohnempfängern, die sich wieder ungünstig auf die Hilfsbeamten und unteren Beamten auswirken, und der überflüssigen Arbeitsstellen nachdrücklich entgegenzutreten.

Folgende Entschöfung wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des Restaurants „Grünwald“ tagende Beamtenversammlung der Ortsgruppe Karlsruhe des Einheitsverbandes hat vom Bericht des Bezirksleiters des Einheitsverbandes über den Stellenplan 1927 Kenntnis genommen. Die Versammlung bringt ihre Entschöfung darüber zum Ausdruck, daß der Stellenplan 1927 einen systematischen Weiterabbau der Beamtenstellen mit sich bringt. Die Stellenzahl steht in keinem Verhältnis zu den vorhandenen Dienststellen. Die Streichung von 242 Stellen steht im Gegensatz zu den Ausführungen des Generaldirektors Dr. Dornmüller, der bei seiner Antrittsrede der Personalverteilung eine Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse in Aussicht stellte. Trotz allem Sparwahn ist die Grenze des Möglichen nicht eingehalten worden, was unter dem Personal weitere Verberitterung hervorruft. Es ist Pflicht der Kammerkassendation, daß diesen immerwährenden Beschäftigten in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung endlich Einhalt geboten wird, was wiederum voraussetzt, daß die Beamtenchaft ihre Interessenvertretung mehr wie bisher im Einheitsverband erbildet.“

Aus der Partei

Landesfrauenrat
am 27., 28. und 29. Januar 1927 in Karlsruhe
im Saalzimmer des „Friedrichshof“, Karl Friedrichstraße 28.

- Programm:
I. Kurzus.
1. Donnerstag, den 27. Januar, vormittags 10.30 Uhr: „Das Hebelberger Parteiprogramm“. Referent: Reichstagsabgeordneter Zuhacz, Berlin.
2. Freitag, den 28. Januar, 9 Uhr vormittags: „Die Frauenbewegung“. Referentin: Reichstagsabgeordnete Zuhacz, Berlin.
3. Freitag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr: „Die Tätigkeit der Genossin in der Gemeinde“. Referentin: Genossin Stadtrat Müller, Karlsruhe.
4. Samstag, den 29. Februar, vormittags 9 Uhr: „Was muß die Funktionärin von der Kammerkassendation wissen“. Referentin: Genossin Reichstagsabgeordnete Krüning, Wöhrdeburg.

II. Allgemeine Frauentagung.
Am Sonntag, 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Friedrichshof“, Karl Friedrichstraße 28.

- Tagesordnung:
1. „Die Frauenbewegung in Baden“ (Rückblick und kommende Aufgaben). Referent: Genossin Landtagsabgeordnete Blase, Mannheim.
2. „Die Tätigkeit der Genossin in den verschiedenen Körperchaften der Partei“. Referentin: Genossin Zuhacz, Berlin, Reichstagsabgeordnete.
Die Teilnehmerinnen an dem Kurzus werden durch die Frauengruppe gemeinsam mit den Ortsvereinen der Partei begleitet. Sie sind dem Landesfrauenratbeauschuss namentlich mit genauer Adresse jeweils Ueberlieferung weiteren Materials zu melden. Für die Teilnehmerinnen an der Tagung ist eine namentliche Anmeldung nicht erforderlich.
Der Sekretär: Der Landesfrauenratbeauschuss Baden, Walter Düsedau.
Die Vorstehende: Therese Blase.

Gewerkschaftliches

Mißerfolge der Kommunisten in Hamburg
Trotz erheblicher Anstrengungen, die die Kommunisten bei der Neuwahl des Delegiertenvereines und Vertreterversammlung des Hamburger Gewerkschaften gemacht haben, ist für sie bis jetzt kein Erfolg zu verzeichnen gewesen. In einzelnen Gewerkschaften haben sie sogar noch an Einfluß verloren, so beispielsweise in dem Metallarbeiterverband, wo in den letzten drei Tagen die Wahlen zur Vertreterversammlung stattgefunden haben. Obgleich die Zahl der zu wählenden Vertreter für 1927 größer ist als im Vorjahre, blieb doch die Zahl der gewählten Kommunisten hinter der des Vorjahres erheblich zurück. Auch im Arbeiterverband waren alle Anstrengungen der K.P.D. vergeblich. Es gelang ihnen in einzelnen Bezirken des Großhamburger Gebietes, unbedeutende Teilerfolge zu erzielen, die aber durch Niederlagen in anderen Stadtteilen vollkommen wettgemacht wurden. Schon jetzt läßt sich auf Grund der bisher vorliegenden Wahlergebnisse feststellen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften und Verbänden Großhamburges keinen großen Anhang mehr besitzen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Januar 1927. (Eig. Bericht.)

Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet. — Ein Gesetzentwurf über die Zulassung der Weine des Jahrgangs 1926 wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet. — Das Haus legt dann die

zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

fort. Abg. Zoos (Zentr.) stimmt der Vorlage zu, wenn auch nicht alle Wünsche des Zentrums erfüllt seien. Dieses Gesetz sei ein Mittel, um mit etwas mehr Erfolg als bisher den Kampf gegen die Volkspeste der Geschlechtskrankheiten zu führen.

Abg. Frau Schroeder (Soz.)

stellt fest, daß die sozialdemokratische Fraktion in Bezug auf die sozialpolitischen Forderungen völlig einig sei, wenn auch über die medizinischen Fragen Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Prostitution sei bisher in Deutschland als Gewerbe anerkannt gewesen, trotzdem würden die Mädchen, die dieses Gewerbe ausüben, reglementiert, sie als Dirnen infamiert, in Bordelle eingesperrt usw. und ihnen dadurch der Rückweg ins geordnete Leben erschwert. Durch die bisherige Bekämpfung der Prostitution, so führte die Rednerin aus, ist es nicht gelungen, diesen Schaden der menschlichen Gesellschaft in ihren Ursachen zu fassen. In den Städten, die heute noch Bordelle haben, ist die übrige Bevölkerung gegen die moralische Anstufung durch die Prostitution nicht geschützt worden, gerade wegen dieser Bordelle sind die Verhältnisse wie in Afrika noch verurteilt worden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß endlich die Unterhaltung von Bordellen verboten und mit diesen menschenwürdigen Einrichtungen aufgeräumt wird. Leider ist man bei der Frage der Reglementierung nicht soweit gegangen. Es ist eine Kaufstufbestimmung getroffen worden, die zu den größten Befürchtungen Anlaß geben muß. Man hat einen Kompromiß geschlossen, aber die Nachteile in der Frage der Prostitution sind noch so groß, daß man sich wenigstens mit dem jetzt Erreichten abfinden muß.

Anders liegt es mit der Bekämpfung, wonach die Ausübung der Prostitution in der Nähe von Schulen usw. unter Strafe gestellt wird. Mit Strafen ist der Prostitution überhaupt nicht beizukommen; gerade der Aufenthalt in Gefängnissen usw. hat vielfach dazu geführt, daß die Prostituierten dauernd an diese traurigen Wege gefesselt werden. In der Kleinstadt besonders ist die Frage, was gewerbliche Anzucht ist, noch so wenig geklärt, daß dort vielfach Mikariffe zu befechten sind. In der praktischen Auswirkung würde die Bestimmung, daß in der Nähe von Schulen usw. die Prostitution bestraft wird, gar nicht auszuführen sein, sie wird nur zu einer neuen Form der Reglementierung in der Großstadt, zu einer anderen Art der Kafernierung führen. Wenn wir in der Bekämpfung der Prostitution neue Wege gehen wollen, dann müssen wir das Alte gründlich fortzäumen. Das Neue aber ist die fürsorgerische Arbeit, der hier endlich eine reichs-gesetzliche Grundlage gegeben wird. Wenn in der Wohlfahrtsarbeit bisher nicht genug erreicht worden ist, wie es von den Kommunisten behauptet wird, dann darf man doch nicht vergessen, welche jungen Datusen diese Arbeit noch ist und welchen Schwierigkeiten sie zu begegnen hat. Von der reichs-gesetzlichen Grundlage muß die weitere Ausgestaltung dieser Arbeit ausgehen, sie muß sich aber auch auf die Männer erstrecken, die der Fürsorge oft genau so bedürfen wie die Frauen. Vor allem aber muß ihr die Jugend am Herzen liegen. Auch wenn dieses Gesetz angenommen und in der besten Weise durchgeführt wird, wird die Prostitution nicht verschwinden. Dieses Gesetz bringt noch nicht die Erfüllung unserer Forderungen, aber es öffnet den Weg, auf dem weiter gegangen werden muß. Darum werden wir der Vorlage zustimmen. (Lebhafte Zustimmung bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) bezeichnet das Gesetz trotz mancher Mängel als einen großen Fortschritt. — Abg. Frau Neuhaus (Zentr.) bezeichnet die Fassung des § 15, der die Reglementierung mildert, als ein Kompromiß, das nicht alle Parteien befriedigen kann. Frau Schroeder gegenüber betont die Rednerin, daß in der Duldung der gewerbmäßigen Prostitution Unterschiede zwischen Großstadt und Kleinstadt gemacht werden müssen.

Ministerialdirektor Dr. Dammann führt aus, der Gesetzentwurf sei vom Ausschuss sehr sorgfältig vorbereitet worden und seine schnelle Verabschiedung sei wünschenswert. Es handle sich bei der vorliegenden Fassung um ein Kompromiß, das nicht jeden befriedigen könne. Es wäre aber bedauerlich, wenn durch Venderungsanträge das Werk der Einigung zerfällt würde. Die Regierung sei einverstanden mit dem Antrag Dr. Bayersdorffers und Genossen, der im § 7 die Reglementierung wieder herzustellen, also das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte nicht auf die anstehenden Krankheiten ausdehnen will. Alle übrigen Venderungsanträge bittet der Redner abzulehnen. Die Zwangsbehandlung sei schon 1918 eingeführt worden und sie habe zu einer Verminderung der Geschlechtskrankheiten geführt. Durch die sofortige Ausübung und Fortbildung der Ärzte werde hoffentlich diese günstige Entwicklung weiter gefördert werden. — Damit schließt die allgemeine Aussprache, § 1 wird angenommen. — In der Einzelberatung begründet

Abg. Frau Reise (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, monach Kranken, die keinen Anspruch auf anderweitige ärztliche Behandlung haben, durch die Gesundheitsbehörde anentgeltliche Behandlung bereitstellen ist. Diese Behandlung sei nach Möglichkeit von den öffentlichen Behandlungsstellen durchzuführen.

Die Beratung wird dann gegen 2 1/2 Uhr auf Montag nachmittags 4 Uhr vertagt.

Aus dem Freistaat Baden

Der abgeleitete v. Below

Aus dem badischen Landtag schreibt man uns: Die am Donnerstag in später Abendstunde gepflogene Aussprache und Beschlußfassung über das (im Landtagsbericht schon erwähnte) Gesetz des Freiburger Universitätsprofessors v. Below setzte dem bekannten Kaiser aller demokratischen Einrichtungen, daß die Parlamente es doch wagen, Leute seines Schlages nicht mit Prämien für händliche Angriffe auf die Republik zu beenden. Wie schwer man es dem feinerseitigen Bekämpfer des Dreiklassenwahlrechts in Preußen an sich schon geworden sein, sich an den badischen Landtag, der aus dem freien Wahl-

recht der badischen Staatsbürger hervorgegangen ist, zu wenden. Aber um der erwarteten Gehaltserhöhung willen hat er es doch fertig gebracht, ja noch mehr, er sah in dem badischen Landtag auf einmal das „Paladium des Rechts und der Freiheit“, während er noch vor 4 1/2 Jahren das feinerseitige Reichskabinett Dr. Wittich das organisierte Korruptionsystem genannt hat. Was doch der Mann von allem tut!

Vor dem Kriege verteidigte v. Below als entragierter Konservativer alle politischen Attentate der ostelbischen Junker und ließ sich bei der Landtagswahl im Jahre 1913 hoffnungsfroh als Kandidat der Rechtstendenzen Vereinnahmen aufstellen. Wo es überhaupt in Baden nach politischem Rückschritt und brutaler Bekämpfung der Demokratie und Sozialdemokratie noch, da war Herr v. Below dabei. Und nun verlangt er von dem demokratischen Parlament des badischen Landes eine Erhöhung seines pro Monat 971.50 M. betragenden Gehalts? Das war dem Zentrum und der Sozialdemokratie doch etwas zu bunt und sie gingen über das Gehalt des Herrn v. Below zur Tagesordnung über.

Man würde es nicht verstanden haben, hätte die Landtagsmehrheit anders gehandelt. Auch in den Kreisen der Freiburger Universität würde es Kopfstößen erregt haben, wäre der Petition fassungslos worden. Denn man weiß aus den von Below gegen einzelne seiner Kollegen ausgeführten polemischen Kämpfen, wie er sich allen anderen politischen Meinungen gegenüber verhielt. Und daß man den „Rechtsanspruch“ Belows anerkennen sollte, weil die Professoren Fabritius und Finke mehr erhalten, wie er, dazu konnte der Landtag sich erst recht nicht aufschwingen. Gen. Dr. K. meinte wies als Abgeordneter überzeugend nach, daß viele Professoren außerhalb der Besoldungsordnung stehen und der freien Gehaltsfestsetzung unterliegen, also von einem Rechtsanspruch v. Belows keine Rede sein könne. Man darf doch ruhig sagen, — und das erklärte Gen. Dr. Engler in der Landtags-Aussprache, daß die Gerechtigkeit und Objektivität des heutigen Staates den Professoren gegenüber vorbildlich ist und den Herren Oberlehrer und Genossen vorbildlich sein kann, wenn sie wieder einmal ans Ruder kommen sollten und über demokratische und sozialdemokratische Beamte zu befinden haben. Ob wir das erleben werden, ist noch sehr die Frage. Sicherlich hätte v. Below ob seines wissenschaftlichen Rufes und seines gesellschaftlichen Ansehens willen besser getan, das Gehaltserhöhungsgesuch überhaupt nicht einzubringen.

Das „große Los“ des früheren Staatspräsidenten Hummel

Wir wollen nicht in den Gehaltsverhältnissen bürgerlicher Politiker herumspäkeln, mochten aber doch von der Darlegung eines Berliner Blattes, das sich mit den Einkünften früherer Reichs- und Länderminister beschäftigt, um deswillen Notiz nehmen, weil der jetzige demokratische Reichstagspräsident Dr. Hummel eine in Baden sehr bekannte politische Persönlichkeit ist. Die erwähnte Zeitung schreibt:

„Aber Luther hat der frühere badische Staatspräsident Hummel das große Los gezogen. Geheimerat Duisberg veranlaßte seine Uebernahme durch die Badische Anilin- und Soda-Fabrik als Vorsteher des Aufsichtsrats. In dieser Position ist Hummel natürlich heute schon Millionär geworden; denn die Badische Anilin- und Soda-Fabrik ist eines der Kernstücke in einem Gewerbe von über 200 Millionen Mark in der S. G. Farbenindustrie.“

Als Hummel im Herbst 1922 seinen Ministerposten in Baden mit seiner neuen Stellung in der Industrie vertauschte, fand recht kritische Stimmen über den damaligen Führer der demokratischen Partei laut geworden. Heute kann man nur sagen, Dr. Hummel hat eine gute Nase für das reichere Vorwärtskommen in der Industrie gehabt. Für die Entwicklung und Gestaltung der Politik Badens kommt er wohl nicht mehr in Betracht, denn er hat 1925 auch sein Landtagsmandat niedergelegt.

Gemeindepolitik

Die dritte Redarbrücke in Heidelbergs genehmigt. Der Bürgerausschuss in Heidelberg bewilligt die Erbauung der dritten Redarbrücke nach den Plänen der Firma Raßig und Freitag. Danach soll in der verlängerten Wittermoerstraße eine Redarbrücke von 20 Meter Breite erstellt werden. Die Kosten betragen 1.480.000 M., von denen die Redarbaudirektion 300.000 M. als Beitrag in Aussicht gestellt hat.

Rheinsheim. Montag, 17. Januar, fand hier seit der Neuwahl der Gemeindevertretung die erste Bürgerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Gemeindevoranschlag, Genehmigung eines Bauplatzes, Wertzuwachssteuer und ein Antrag der Sozialdem. Partei. Der Vorsitzende Bürgermeister Braßig eröffnete die Sitzung mit der Begründung der neuwahlgewählten Gemeindevertreter und legte ihnen nahe, sich in erster Linie für das Wohl der Gemeinde einzusetzen. Punkt 1 Gemeindevoranschlag wurde mit 27 gegen 24 Stimmen abgelehnt, wobei der größte Teil der bürgerlichen Parteien gegen die eigenen Gemeindeväter mit „Nein“ stimmten. Die Genehmigung eines Bauplatzes für einen Bauhof wurde mit 48 gegen 3 Stimmen angenommen. Ebenfalls wurde die Inflationen-Wertzuwachssteuer sowie die allgemeine Wertzuwachssteuer angenommen. Dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, Geschäftsordnung betreffend, wurde von allen Parteien ausgemittelt.

Eine stürmische Stadtvorordnetenversammlung. Frankfurt a. M., 19. Jan. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung kam es bei der Behandlung der Anträge des Untersuchungs-ausschusses über das Millionendelikt bei der Erwerbsbeschränkungsfrage zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Magistrat und einem Teil der Stadtvorordneten. Der Magistrat beantragte, daß die Anträge und Beschließungen zur nachmaligen Prüfung an ihn zurückgegeben werde. Oberbürgermeister Dr. Landmann bezweifelte die Objektivität des Ausschusses und machte den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den sozialdemokratischen Abgeordneten Kirchner, der zugleich händischer Abgeordneter ist, und eine Mitteilung des Oberbürgermeisters als unwürdig bezeichnete, darauf aufmerksam, daß er als händischer Beamter wegen dieser Neuerung zur Rechenschaft gezogen werden könne. Darauf erhob sich auf der linken Seite des Hauses ein ungeheurer Sturm, der Entrüstung. Der Antrag des Magistrats wurde schließlich von der Mehrheit des Kollegiums abgelehnt. Anschließend verließ der Magistrat den Sitzungssaal. — Die Stadtvorordnetenversammlung beschloß nun mit großer Mehrheit, daß der Magistrat auf Grund des § 5 der Geschäftsordnung und § 49 der Gemeindeverfassung sofort zurückzutreten und an den Verhandlungen teilzunehmen habe. Der Deserent der Arbeitszentrale, Stadtrat Ullrich, entsprach diesem Beschluß, während die anderen Magistratsmitglieder es ablehnten, zu erscheinen. Die Angelegenheit dürfte wahrscheinlich noch ein Nachspiel haben.

Gerichtszeitung

Die laute Schrauze — Der Schmauzlarren und die Strahnenbahn — Laßt Euch Licht leuchten!

Im Karlsruhe, 21. Jan. Sein Recht zu suchen, stand heute vormittag Wilhelm W. aus der Durmersheimer Straße vor dem Kadi. Wer sich auskennt, weiß, daß diese Straße in der Baradengend nicht die ruhigste und friedlichste ist. Es gibt dort mitunter von urwüchsigem Temperament getragene Händeleien, Raufereien und Schimpereien mit Erdgeruch, bei denen kein Blatt vor den Mund genommen zu werden pflegt. Also — belagert W. war mit noch einem Eingeborenen nebst dessen besserer Hälfte aus den Baraden am 16. November nachmittags auf der Durmersheimer Straße in eine Debatte verwickelt, der ein wachsendes Auditorium mit regem Interesse und lebhafter Parteinahme folgte. Die Wagen gingen hoch genug, um ein Auge des Geckes anradeln zu lassen, dessen Gehör jede der verschiedenen Parteien zuerst beanspruchen wollte. Die Angelegenheit fand schließlich damit einen für die Beteiligten fühlbaren Abschluß, daß die beiden lautstarken, K. und W., mit einer Strafe von je 5 M. wegen arden ab, während W. gerichtliche Entscheidung beantragte. Er wollte genau wissen, worin der große Unfug bestand, was ihm vom Richterlich dahin beantwortet wurde: in dem von ihm ausgehenden Lärm und den Schimpereien aus seinem Munde; da es bei Tage geschah, nenne man dies „aroben Unfug“, nachts teilt sich das gleiche „Ruhstörung“. Die Gerichtsverhandlung ließ erkennen, daß W. zwar in der Lage ist, als Lausprecher zu fungieren, daß es aber unmöglich ist, aus seinem Gemurmel Worte und verständliche Sätze herauszuhören, welcher Feststellung der Richter unvorhoblen Ausdruck verlieh. Daher mußte man sich an die Aussagen der Zeugen halten, die W. als lauten Lausprecher bestrafte. Da nun der Ankläger schon über 16 Vorstrafen, u. a. wegen Körperverletzung und Bedrohung hat, erhöhte das Gericht die Geldstrafe auf 8 M.

Am 17. Juni stiegen in der Nähe des „Kühlen Krug“ bei der Albrücke ein Straßenbahnwagen und ein Bulldog, welcher das Gleis überqueren wollte, zusammen; letzterer verlor dabei eines seiner wohl schon morschen Räder und erlitt noch andere Verletzungen, mit denen er auf den Bürgersteig froch, wo er verkehrsgerecht eigentlich nichts verloren hatte. Der Führer des Schmauzlarrens, wie sich Bulldog sprachlich reinigen läßt, B., und der Wagenführer F. wurden wegen Eisenbahntransportverletzung zu je 25 M. Geldstrafe verurteilt. Beide erhoben Einspruch und beantragten gerichtliche Entscheidung. Die ihnen vorgemerkte Beschuldigung lautet, in fahrlässiger Weise den Bahntransport gefährdet zu haben, indem B. durch Fahrlässigkeit, F. durch Unterlassung der ihm obliegenden Pflichten, den Zusammenstoß verschuldeten, die Straßenbahn wurde durch die Zugmaschine angefahren und gefährdet. Ueber die Schuldfrage erkaufen sich eine längere Auseinandersetzung, an der sich als Sachverständige und Zeugen mehrere Straßenbahner beteiligten. Einem der als Zeugen auftretenden Straßenbahner, der etwas zu warmherzig für seinen Kollegen Partei ergrieff, warf B. Meinoid vor, weswegen er ihn belangen werde, worauf der Zeuge erwiderte, er werde B. ebenfalls „belangen“. Wou der Richter kläffisch bemerkte: „Bela n a t Euch B e i d e!“ Die Verhandlung endete mit der Beurteilung des B. zu 15 M., des F. zu 5 M. Geldstrafe.

Der Autobesitzer W. aus Koppweiler fuhr nachts durch Karlsruhe ohne Beleuchtung des hinteren Kennzeichens seines Wagens. Hierfür erhielt er 5 M. Geldstrafe, wogegen er protestierte, mit der Begründung, das Licht habe, wenn auch bei der langsamen Fahrt schwach geleuchtet. Aber das Licht leuchtete nicht in der Finsternis, wie der Polizeibeamte endlich feststellte, und so blieb es bei der ausgesprochenen Strafe, denn, so führt die Urteilsbegründung aus, das Kennzeichen hat ja gerade den Zweck, um namentlich bei Unglücksfällen ein unzerbrochenes Davonkommen des Autos zu verhindern, das Auto kenntlich zu machen, was bei Dunkelheit ausreichende Beleuchtung notwendig macht.

Aus der Stadt Durlach

Schweinemarkt in Durlach am 22. Januar. Der Markt war besetzt mit 82 Läuferchweinen und 99 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 68 Läuferchweine und 99 Ferkelschweine. Preis per Paar: Läuferchweine 65—80 M.; Ferkelschweine 38—42 Mark.

Aus aller Welt

Die Heiratsaussicht der deutschen Frau

Das Ergebnis der Volkszählung, soweit es bis jetzt vorliegt, gewährt auch einen Einblick in die Heiratsaussichten der deutschen Frau von heute. Die Volkszählung bekräftigt, daß, mit Ausnahme Anhalts, in allen deutschen Ländern nach dem Kriege eine starke Verschlechterung der Heiratsaussichten der Frauen zu verzeichnen ist. Vor dem Kriege waren die Aussichten der ledigen Frau im Alter von 18 bis 46 Jahren, einen Mann im Alter von 20 bis 50 Jahren heiraten zu können, direkt als günstig zu bezeichnen in den Ländern Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen und Baden. In diesen Ländern überwoog die Zahl der heiratsfähigen Männer die der Frauen. Der Umschwung ist am stärksten in Baden in Erscheinung getreten. 1910 konnte in Baden jeder 50. Mann keine Frau bekommen, im Jahre 1925 fand bereits jede 4. Frau keinen Mann. Eine Besserung der Verhältnisse zugunsten der Frau ist lediglich in Anhalt zu verzeichnen.

Die schlechten Heiratsaussichten der Frau bringen noch mehr in die Augen, wenn man eine Gliederung in jüngerer, mittleres und vorgerücktes Alter vornimmt. Die Heiratsaussichten der jüngeren Frau bis zum Alter von 23 Jahren sind etwas schlechter als vor dem Kriege, aber immer noch verhältnismäßig günstig. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse bei den Frauen im mittleren Alter zwischen 23 und 37 Jahren. Hier machen sich die Kriegsverluste unter den Männern von 25 bis 40 Jahren stark bemerkbar. Während a. B. in Hamburg 1910 auf jeden vierten Mann in diesem Alter keine Frau oder in Bayern erst auf jede 57. Frau kein Mann traf, ist heute etwa jede 3.—4. Frau der mittleren Altersklasse von vornherein zum Verzicht auf die Ehe verurteilt. Auch die schon früher ungünstigen Heiratsaussichten der Frauen von 37 bis 46 Jahren haben eine weitere Verschlechterung erfahren.

Opfer des Spirituslosters

In Pöhl bei Stettin kam die 10jährige Tochter des Klempnermeisters Franz Kresel mit einem brennenden Spiritusloster zu Fall. Dabei ergriff die Flamme die Kleider des Kindes, die, da sie mit Spiritus überzogen waren, im Augenblick lichterloh brannten. Hilfe kam zu spät, das Kind hatte am ganzen Körper so furchtbare Brandwunden erlitten, daß es bald darauf starb.

Unterhaltung und Belehrung

Der einsame Weg

Von Hanns G. Faber

(Nachdruck verboten.)

„Ja,“ fährt die Fichte fort, nachdem sie sich geräuspert und ein Stück Borke ausgeschält. „Ja, siehst du, der zahme Fuchs rennt nun durch den Wald. Ueberall findet er die Spur der Birkhahn. Ja, denkst du, hier sind die vor einer Viertelstunde gewesen, hier vor ein paar Minuten. Und plötzlich steht er wie angewachsen, und sieht in die Höhe. Richtig, da oben im Gezweig sitzt vergnügt der Birkhahn und knabbert die Knochenspien. Da fängt der drunten an zu schelten. Er hat aber eine viel lautere Stimme als die Fische hier, die kein Halsband haben.“

„Du bist ja wirklich ein schändlicher Geselle,“ schreit er dem Birkhahn zu, den ganzen Wald machst du schmutzig, wau, wau, komm du nur einmal herunter, du Schmierfink, wau, wau, dann will ich dir das schön anstreichen, wau, wau, du Blaubeertriefel, du Knochenspien, du verfluchter Rabenschlag.“ Der Birkhahn aber sitzt ruhig und schaut auf seinem Zweig. Er läßt den Fuchs nicht aus den Augen, hält den Kopf schief und blinzelt ihm zu, so, so, komm doch herauf, roter Fuchs.“ Der Fuchs aber wird nun richtig rasend vor Wut, er schilt so, daß man kaum verstehen konnte, was er sagt. Der Birkhahn will sich richtig krank lassen über den tanzen den Fuchs. Er hat für nichts anderes mehr Auge. Hat gar nicht gesehen, daß von der anderen Seite der Mensch herankam. Der nimmt den blauen Stoff und hebt ihn gegen den Vogel, und dann bricht ein Blitz heraus und ein harter Donner schlägt, der Birkhahn aber fällt herunter vom Zweig, wie ein Kienapfel. . . . und dann nehmen sie ihn mit.“

„. . . nehmen ihn mit,“ sagt-mitleidig der Schwarzdorn, „und was dann?“

„Ich weiß nicht,“ sagte die Fichte und bricht ihr Gefäch ab, denn nun sind wir von der anderen Seite angekommen. Aino hat ihren Arm durch meinen Gefächungen und singt:

„Weiß in Blau sich Wolken ranken,
Viele Sternlein sehn am Himmel.
So auch sind im jungen Herzen
Wir ganz ohne Zahl Gedanken.“

Pannu sieht mißmutig drein. Ist das eine Art, wenn man lazen geht? Er merkt, daß wir ihn nicht beobachten, und brüllt sich in die Wälder.

„Komm, Aino, wir setzen uns hier auf den Stein und ruhen ein wenig. Weißt du, was ich in der Tasche habe? Nein, das weißt du nicht.“ „In der Tasche? Natürlich weiß ich das. Bindeband zum Beispiel.“

„Bindeband habe ich immer in der Tasche. Was weiter?“

„Streichhölzer.“

„Stimm, was aber noch?“

„Tobad.“

„Auch richtig, was aber noch?“

„Ein Messer.“

„Nein. Ich hab nur meinen Puffsto mit.“

„Um, vielleicht . . . einen Bleistift?“

„Nein, den ließ ich zu Hause, hier im Walde sollen wir doch keine Buchstaben malen . . . Was weiter?“

„Weiß nicht.“

„Rate.“

„Ich kann nicht, was ist's? Sags doch, bitte, was?“

„Nein.“

„Du willst nicht. Du bist schlecht, Birger. Aber ich werde schon erfahren.“

Ich lege mich auf den Rücken und starrte froh in den Himmel. Aino hat sich neben mich geschmiegt, und ich störe ihr die Freude nicht und bemerke nicht, wie sie vor sich, nach so vorsichtig, meine Knochenspien untersucht. Kleine, Eos, ganz harmlos kann sie plaudern und ihr Derschen brist doch schier vor Neugierde. Und wie klug sie sich vorstellen kann. Sie streichelt mit das Gesicht, sie sucht mich in den Haaren, sie küßt mit meinen alten Hals über die Augen. Nun ein Rud. . . dann ein heller Freudenstachel. „Sokolade.“

Nun bekomme ich abwechselnd und abwechselnd bekomme sie ein Stück in den Mund gesteckt. Sokolade ist ihr das Höchste. Ich glaube, sie nimmt an, daß der Kaiser nur Sokolade isst. Und wenn alles verpeist ist, dankt sie mir, wie sie immer dankt, mit einem Kus ihrer feuchten, warmen Kinderlippen.

Da aber klingt Pannus Stimme hell durch den Wald. „Du alter Schmierfink, du verfluchter Rabenschlag, du Knochenspien, du Blaubeertriefel.“

Aino greift nach meiner Hand, daß es mir ebenfalls wohl tut. Ihre Augen glänzen, halboffen steht der Mund: „Birkhahn.“ Ich mache das Gewehr fertig, und wir schleichen an. Nach wenigen Minuten wird das Bellen deutlicher, und bald klingt ganz nah. Pannu hat uns kommen gehört und verdoppelt sein Schelten: „Du Knochenspien, den ganzen Wald machst du schmutzig. Soll ich da ein anständiger Hund vielleicht die Foten schmutzig machen? Schade, daß du da oben so sicher bist. . . .“ „So, so,“ macht der Birkhahn.

Die alte Fichte hebt sich schief gegen den Himmel ab, wie ein dunkler Knoten; ein an den Stamm geschmiegt, sitzt der Vogel da und wiegt den Kopf hin und her. Ich hebe den Lauf, da schreit der Vogel plötzlich auf, der Kopf fährt herum, der runde kumpelige Knoten streckt sich im Ansprung in die Länge, der freien Luft zu. Zu spät war die Gefahr erkannt, und wie im Feuer der Vogel schwer durch das Gezweig schlängelnd niedertrahlt, verwandelt sich Pannus scheltende Stimme zu einem erschütternden Jubelruf: „Das ist dich, das ist dich. . . Rabenschlag.“ „Brav, brav, Pannu, brav, brav.“

Ainos Hände aber wenden langsam den Vogel, dessen Koffen wie Blut glänzen, und ich lese das Mitleid in ihrem Augen. Ich habe manch Mitleid gekannt, die waidgerecht ihren Kopf umlegte. . . . und dann doch voll Mitleid über das Geschick streichend arif. Es ist wohl die Natur der Frau, zu vernichten und zu bemitleiden. . . .

Zu Hause angelangt, kommt der Birkhahn in den Keller. Da lagen schon viele stumme Kameraden und Angehörige seiner Sippe auf dem Eis für den Winter. Mit Pannu aber habe ich noch eine Auseinandersetzung. Der liegt da in der Sonne und blinzelt mich an. „Hör mal,

Pannu, das muß ich aber doch sagen, das ist nicht schön, daß du auf eigene Faust jagst. Bei mir hast du zu bleiben. Verstanden?“

Pannu aber hält es für unter seiner Würde, zu antworten und denkt: Das würde eine schöne Jagd werden, wenn ich auf Menschenwegen gehen wollte. Da sitzen ja die Fische immer gerade vor ihnen weg, und ganz gemütlich. Die hören sie ja auf hundert Meter.

„Immer schön bei mir bleiben, Pannu, ich weiß schon, wo es viel Wild gibt.“

„Nun, das weißt du nun sicher nicht so gut wie ich. Ueberhaupt, du bildest dir ein bißchen die Fein. Schließen, das kannst du ja, ausgeben. Aber Wege kennen? Du kannst ja nicht einmal auf deiner eigenen Spur zurückgehen. Nicht einmal das, und das möchte ich sehen, wenn du allein lazen gingst, du riechst ja nicht einmal, wenn ein Vogel zwei Meter über dir fliegt.“

„Also, Pannu, verstanden, schön bei mir geblieben das nächste Mal.“

Pannu legt den Kopf auf die Pfote und denkt: Rede du nur. Ich bin verantwortlich für die Jagd und daß der Keller voll Wild ist im Winter. Ich werde auch schon dafür sorgen. Also mache mir keine Vorwürfe.

An der Wand unter dem Fenster steht eine kleine Truhe. Als ich das letzte Mal den Deckel aufschloß, dachte ich das: Deckel auf den Sara. Da ist nun die Vergangenheit eingeperrt. Nicht daß alles untröste Erinnerungen wären. Doch so weit sind sie mir, und so wenig taugen sie hierher. Warum ist sie überhaupt mitschleppte? . . .

„Was hast du in der kleinen Truhe?“

„Ach, Aino, das ist ja alles Zeug.“

„Altes Zeug?“ Ihre Augen werden groß vor Erwartung.

„D. du, das ist lustig, das wollen wir sehen.“

Nun blüht nichts mehr. Aino will alles sehen. Welchen Grund könnt ich ihr auch sagen? Also hebe ich den Kasten auf den Tisch. Aino kniet mit beiden Knien auf dem Stuhl. Ihre Arme hat sie um meinen Nacken geschlungen, und ihre Augen folgen erwartungsvoll und ungeduldig jeder Bewegung meiner Finger, die den Schlüssel im Schloß umdrehen.

„Was ist das?“

„Das sind alte Briefe. Siehst du? Ich habe sie mit Händen umschürt.“

„Stehen schöne Sachen drin?“

„Schöne und andere.“

„Giebt du sie mir einmal vor?“

„Vielleicht später einmal. Jetzt nicht. Sieh hier.“ Eine Hand voll Karten flattert auf den Tisch. Postkarten aus aller Herren Länder.

„Brandenburger Tor,“ klebt sie mühsam, mit fremdem Klang, und lächelt. „So hoch. Und Pferde oben drauf und ein Engel.“

„Sieh, die großen Kessel auf dem Baum.“

Es sind Postkarten, aber die kennt sie ja nicht. Nun kommen Photographien, Bekannte, Verwandte.

(Fortsetzung folgt.)

Der sechzigjährige Ernst Zahn

Ernst Zahn, seit einem Vierteljahrhundert der beste Vertreter schweizerischer Erzählerkunst, wird am 24. Januar sechzig Jahre alt. Ueber zwei Dutzend Bände Romane und Novellen sind in einem langen Zeitraum aus der Feder dieses lebenskräftigen Dichters und Menschengehalters geflossen, und kaum eine Zeile ist drunter. Auf dem Hintergrund seiner beinahe unerschöpflichen Schätze stehen seine Bücher mit ihren oft ergründeten Schildern einfaches, schlichter Menschen auf. Ein tiefer und großer Charakteristischer ist dieser, mit seinem dichterischen Wirken weit in alle deutschen Volksschichten gedringenen Schweizer, und nicht mit Unrecht darf man von seinem Werte sagen, daß es zu einem Teile sich würdig an die Seite der Schöpfer seiner Landsleute Gottfried Keller und C. F. Meyer stellen darf.

Von Haus aus war Ernst Zahn keineswegs für die Literatur bestimmt. Auf dem Ruder des Gymnasiums war er als Schüler im deutschen Aufsatz sogar recht schwach, und seine damaligen Lehrer hätten ihm alles in der Welt nicht erlaubt, daß später aus seiner Hand einmal Bücher hervorgehen würden, die gerade auf sprachlichem Gebiete Kraft und Klarheit atmen würden. Da der junge Zahn Sohn eines Gastwirts war, sollte auch er nach des Vaters Wunsch sich für diesen Beruf vorbereiten. Der nächste Schritt nach dem Schulabgang war aber der zum Kellerer. Als solcher machte er in Italien und England seine Wanderjahre durch, um dann später die aus der Familie ererbte heimliche Gastwirtschaft am Bahnhofs in Göttingen zu übernehmen. Lange Jahre hat er sie betrieben; viele seiner Romane und Geschichten sind in ihr entstanden, bis er, vom finanziellen Erfolge hart begünstigt, es sich in späteren Jahren leisten konnte, dem Wirtsgewerbe Vallet zu lassen.

Als Kellerer und Wirt hat übrigens unser Dichter auch seine mannigfaltigen Erfahrungen in sozialer Hinsicht machen können, und just in diesen Tagen hat er in einem Lebensrückblick das Wort ausgesprochen: „Mich drückte stets die Misachtung, die der zahlende Gast dem Bediensteten meist zuteil, ohne zu fragen, welche Seele unter Kellerertrud oder Kleid irgendeines Arman wohnt.“

Wollte man die lange Reihe wertvoller Bücher hier anzuführen, die Zahn geschaffen hat — es wäre ein unübersichtliches Duten und Zergliedern. Am beachtenswertesten scheinen uns die Novellenmengen „Firnwind“, „Was das Leben zerbricht“, „Helden des Alltags“ und dann die Romane „Lulus Hochstrassers Haus“, „Die Clari-Marie“, „Einamteit“, „Das zweite Leben“ und „Lotte Ehlmanns Wille und Weg“. In allen diesen Werken zeigt sich das Erzählvermögen Zahns. Bildkräftig haben seine Gestalten voller Gut und Leidenschaft vor uns; Farb- und Stimmungsweltlichkeit schienen dem Dichter entgegen. Frei von heillosen Moralisierungen gestaltet Zahn seine Menschen, denen nichts Menschliches fremd ist. So ist es in seinen Büchern geblieben, vom ersten, vor dreiunddreißig Jahren erschienenen Erzählungsbande bis zu dem vor Jahresfrist herausgegebenen letzten Roman, „Die Hochzeit des Gaudens Drell“. Die Züricher Universität hat das Schaffen Ernst Zahns in offizieller Weise dadurch geehrt, daß sie ihn zum Ehrendoktor machte.

Für die Beliebtheit der Zahnschen Bücher spricht auch die Tatsache, daß diese (neben sehr hohen Auflagenziffern) auch in den Vertriebsstellen regelmäßig stark verlangt werden, und

nicht zuletzt: fast alle seine Romane sind im Laufe der Jahre durch einen großen Teil der sozialdemokratischen Zeitungen gegangen. R. K.

Die geheimnisvolle Bergzahl

Am höchsten Berge der Nagelfluhkette, südlich Oberstaufen am „Hohglat“, erstreckt alljährlich zur Schneeschmelze und oft bis in den Sommer hinein deutlich sichtbar, in riesigen Lettern die Zahl „1927“. Schon seit unvorstelligen Zeiten heißt es, kommen diese Zahlen zum Vorschein; ist die Schneeschmelze vorüber, dann verschwinden diese Zahlen wieder. Urheber der Ziffer, die in grauer Boreise vielleicht als Metakel betrachtet wurden, ist also die Einwirkung der Schneeschmelze auf das verwitterte Gestein der Felswand, beeinflusst durch Gesteinsvorprägung, geringe Vegetation usw. Die Vermutungen, die an die geheimnisvolle Zahl geknüpft worden sind in Spinnstüben- und Großmuttergeschichten, sind wohl unzulässig; und je näher die Zeit an 1927 heranrückte, je dichter und je wohl auch in der Hoffnung auf die Erfüllung kleiner Wünsche geworden, etwa als Zahl der Verlobung, der Hochzeit u. a. m. Ähnlich zu sagen, daß auch während des Krieges Soldaten aus dem Lager probessierten, daß der Krieg bis 1927 dauern werde.

Nun aber ist das Jahr 1927 wirklich gekommen und jeder ahnungslos, richtige Ahnung ist gespannt, was dieses lange angelegte Jahr als Zeichen für bringen werde. Der Deutungsfunktion ist Tor und Tür geöffnet, allerdings nicht mehr lange, denn auch dieses Jahr wird rasch vorüber sein. Deutungen auf längere Sicht, wie sie früher möglich waren, sind unmöglich geworden, also erwartete die Ahnung Jungfrau den Hochzeiter, der Ahnung Burche die reiche Braut, die unverheirateten Eheleute den Stammbalter für den Hof, der Künstler erwartet Ruhm usw. Aber noch andere Hoffnungen sind möglich, hinter denen in Bayern große Volksbauern leben und die auch im liberalen Deutschland ihre Anhänger haben. Herr Dr. Karl Malsaner in Oberstaufen, Professor a. D., gibt diesen Wünschen Ausdruck in einer Wohnzettelung „Das Schicksalsjahr 1927“, womit er sich zum Sprecher der neuen Verlangen an die Ahnung Naturzahl macht. Er schildert die Sage, die seit „unvorstelligen Zeiten in Oberstaufen lebendig“ sei, daß das Jahr 1927, die Auferstehung der alten Freiheit und so verhängener Bracht bescheren werde. Von diesem Wunsch hat man bisher nichts gehört und es will scheinen, als sei die Sage und die Hoffnung ganz neu. So ist auch die Frage des Herrn Professor a. D. als ganz neu zu verstehen, wenn er sagt: „Und wird die gottvertrauende Hoffnung der kommenden Volksseele recht bekommen?“ Die Volksseele wird am Jahresende diese Hoffnung zu den andern, durch Deuter vorgetragenen Prophezeiungen legen müssen, wie sie es schon seit unvorstelligen Zeiten tun mußten, wenn sie Prophezeien auf 1927 Glauben geschenkt hat. Zu vermuten ist aber, daß die Natur selbst darauf Antwort gibt. Die nämlich, daß im nächsten Jahre das Jahr 1927 ebenfalls a. D. ist. Weiter nichts. R. K.

Kunst und Wissenschaft

Der Mannheimer Kunstverein hat in seinen Räumen L. 1. 1. (ehemals Klostergelände) Museum eine große Ausstellung des im November u. 23. verstorbenen Meisters Prof. Albin Eggert-Linz eröffnet. Sie umfaßt 34 Gemälde über alle Zeiten des Schaffens dieses Künstlers, darunter 11 Monumentalgemälde, die z. B. schon aus Ausstellungen und Veröffentlichungen bekannt sind. Die Ausstellung im Mannheimer Kunstverein wurde noch von dem Künstler bei Lebzeiten veranlaßt. Es stammen auch diese Werke aus Privatbesitz. Es dürfte wohl kaum möglich sein, in Südwestdeutschland die Werke dieses Meisters in solch geschlossener, einheitlicher Form wieder sehen zu können.

Probleme der Erziehung und Gemeinschaft. Auf Einladung des Verbandes katholischer Akademiker sprach Univ.-Prof. Dr. Albers, Wien, an vier Abenden über obiges Thema. Der chemische Hörsaal der Technischen Hochschule war jeweils überfüllt. Herr Dr. Albers hatte sich zur Aufgabe gestellt, die brennenden Fragen der Gegenwart im Sinne christlich-katholischer Weltanschauung zu beantworten. Er bewies aufs neue die Anpassungsfähigkeit der katholischen Kirche, die die Anforderungen der Zeit erkennt, aufgreift und an ihren Lösungen arbeitet. Wenn man als Sozialist mit den Voraussetzungen des Redners auch leineswegs einig gehen konnte, so war doch aus seinen Folgerungen manch Wertvolles und Anrechenendes zu entnehmen. Das Problem, das jedem Vortrag zu Grunde lag, suchte Herr Dr. Albers durch Wortgegenüberstellungen zu präzisieren, um die er seine Gedanken aufbaute. Die Grundbedeutung der Erziehung, das gegenwärtige Vertrauen zwischen Erzieher und Kind wird gestört durch die dem Kinde unvorhersehbare Ueberforderung des Erwachsenen. Das Verhältnis von Mann und Frau soll getragen sein von gegenseitiger Hingabe, die aber durch Herrschaft getrübt wird, und die Liebe und gegenseitige Verantwortung in der Gemeinschaft wird vernichtet durch die Isolierung des Einzelnen. Das Verhältnis des Menschen zu Gott wurde in die Wortbearbeitung Sochmut und Demut aufgelöst. — In Herrn Dr. Albers lernte man einen hervorragenden Redner kennen. Es war ein Genuss, mich durchgehenden Gedankenlauf und der klaren Vortragswelt zu folgen, die alle Hörer in ihren Vann schlug. o. st.

Literatur

Seit 4 der „Urania“, Jahrg. 2627, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Verlagspreis: Ausgabe A (3 Hefte und 1 Brosch.) Buchausgabe pro Vierteljahr RM. 1.80, Ausgabe B (3 Hefte und 1 gebundene Buchheft) pro Vierteljahr RM. 2.25. — Das Januarheft der Monatshefte „Urania“ legt wiederum Zeugnis ab von der hohen Bedeutung der durch dieses Unternehmen geleiteten Bildungsarbeit und Aufklärung. An seiner Spitze finden wir zwei Beiträge der hervorragenden italienischen Kerstin und Babasogin Dr. Maria Montessori, in denen die seitliche Periode der frühen Kindheit und Umweltinflüsse auf die Kleinen schildert. Im naturwissenschaftlichen Teil heftet besonders ein Aufsatz von Hermann Drechsler „Von der Tätigkeit des Wassertröpfchens von Wind und Wetter“, der mit prächtigen Naturaufnahmen geschmückt ist. Ueber den „Kreisauf des Weltens“ berichtet der bekannte Schriftsteller Fritz Linke. Das Heft „Soziales Wandern“ bringt einen Reisebericht von Valter Kiemer „Auf der Wolga breiten Fluten“. — Im Heft „Der Leib“ behandelt Dr. Graaz die Bedeutung der Körperkultur für den Kulturmenschen; diesem Heft sind naturwissenschaftliche und bekannte Körperkulturhefte Adolf Koch in Berlin beigegeben. Eine Anzahl wertvoller Notizen, besonders geologischen und technischen Inhalts und als Liebesgabe ein Trauermärchen, zu Ehren gefallener Revolutionäre, vervollständigen den wertvollen Inhalt. Probeheft liefert auf Wunsch Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. S., Jena.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 24. Januar

Geschichtskalender

24. Januar, 1776 Schriftsteller E. Th. A. Hoffmann. — 1867 Schriftsteller Ernst Zahn. — 1890 Reichstag beschließt Einheitsgesetz des Sozialversicherungsgesetzes. — 1899 Gründung der Hamburger Genossenschafts-Produktion. — 1919 Neues Gemeindefeldgesetz. — 1919 Kienjstreit in England. — 1921 Grundentlastungsabn. „Deutschland“ (38 ff.).

Vorarbeiten des Soz. Vereins Karlsruhe

Pressekommission und Ausschuss des Volkstums, sowie Ortsverband und Kreisverband der Sozialdemokr. Partei werden gebeten, morgen (Dienstag) abends 8 Uhr im Gesellschaftssaal des „Friedrichshof“ zu erscheinen.

Besitz Weststadt. Am Mittwoch, 23. Jan., abends 8 Uhr, findet im Lokal „Unter den Linden“, Ede Vorstraße und Kaiserstraße, unsere Besitzerversammlung statt. Gen. Warrner Kappes wird einen Vortrag halten über „Die Idee des Kassenamtes“. Parteigenossen und -Genossinnen, sowie für einen guten Besuch dieser Versammlung.

Besitz Oststadt. Heute Montag, abends 8 Uhr, Vertretungsmännerkunft im „Bernhardshof“. Erscheinen sämtlicher Vertrauensleute und Straßensprecher unbedingt notwendig.

Soz. Frauenaktion — Werbeausflug. Anlässlich des vom 27.—29. Januar in Karlsruhe stattfindenden Frauenkongresses findet am Samstag, 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ (Gartenaal) ein Unterhaltungsabend statt. Die Parteigenossen und Genossinnen werden gebeten, für einen guten Besuch dieser Veranstaltung zu sorgen.

Aus der Stadtratssitzung

vom 19. Januar 1927.

Autobuslinie Karlsruhe-Rippurr. Der Preis der Rippurrerfahrten im Winterfahrplan auf der Autobuslinie Karlsruhe-Rippurr ist von 5 Pfennig auf 10 Pfennig erhöht worden. Der frühere Preis stellte einen zu geringen Gegenwert für die Beförderung dar und ließ sich im Vergleich mit den sonstigen Preisen nicht auf die Dauer rechtfertigen. Diejenigen Kinder, die zum Schulbesuch die hiesigen Dampfbusse benutzen, erleiden keinen Nachteil; sie können sich nach wie vor bei dem Preis unverändert gebrauchten Schülerermäßigungen bedienen.

Schwimmklub. Die in der ortspolizeilichen Vorrichtung über den Anchluss der Hausgründe im kanalisiertem Stadtgebiet an die Schwimmanlagen gesetzte Frist wird letztmalig bis zum 1. Januar 1929 verlängert.

Geographentagung. Zur Veranstaltung einer geographischen Ausstellung in der Zeit vom Freitag, den 7. bis einschließlich Sonntag, den 19. Juni ds. Js., in Verbindung mit dem auf Einladung der Stadt während der Pfingstwoche hier stattfindenden 22. Deutschen Geographentag wird dem Ortsausschuss die Ausstellungshalle überlassen. Außerdem wird ihm auf Donnerstag, den 9. Juni ds. Js., der große Festsaal zur Abhaltung eines Debattierabendes am 10. Juni ds. Js. zu Ehren der Teilnehmer und Mitarbeiter des Deutschen Geographentages zur Verfügung gestellt. Die Veranstaltungen werden auch für die Besichtigung der Ausstellung namentlich auch für die Schüler — zugänglich sein.

Unberechtigtes Eindringen in den Stadgarten. Gegen zwei junge Leute, die vom Sollenwäldchen aus in den Stadgarten eingedrungen, wird Strafantrag wegen Hausfriedensbruches gestellt.

Dienstauszeichnung. Der Verwaltungsekretärin Johanna Wiedert beim städtischen Tiefbauamt wurde für 25-jährige treueste Dienste die Ehrenurkunde der Stadt erteilt.

Diamant- und goldene Hochzeit. Den Privatmann Christian Bäuerle beehren hier wurde anlässlich der Feier ihrer Diamant- und goldenen Hochzeit, den Privatmann Karl Herrl beehren hier der Schreiner und Glaser Johann Valfinger. Die Veranstaltungen der Feier über 50 Jahre Ehe ereignete sich eine Ehrengabe der Stadt, begleitet von einem Glückwunschschreiben, überliefert.

Gewerlichkeits-Karteil

Am Dienstag, 23. Januar, abends 7 Uhr, in der Volkshochschule Vortrag des Gen. Dr. Lehmann über das Arbeitsrecht (Arbeitsverfassung). Ein guter Besuch wird erwartet.

Falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark

Seit Anfang 1926 werden im ganzen Reich falsche Reichsbanknoten zu 20 M. verbreitet, welche an folgenden Merkmalen un schwer zu erkennen sind: Das Papier besteht aus zwei zusammengefügten Blättern, einem kräftigeren, leicht gelb gezeichneten und einem hauchartigen, bräunlich gefärbten Deckblatt. Die Pflanzenfasern sind durch falsche, wässrige die Blätter gelagerte, dünne Fasern ersetzt. Die Vorderseite zeigt ein größeres, verwickeltes Gelembild. Das in unregelmäßigen Linien mangelhaft nachgebildete Frauenbildnis kennzeichnet die Fälschung auffällig.

Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Hersteller und Verbreiter dieser Fälschungen zu fassen. Da hauptsächlich die Geschäftswelt durch Annahme dieser Scheine empfindlich geschädigt wird, wird sie besonders erucht, diesen Fälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und gegebenenfalls den Verbreiter der Fälschung oder Geldmissetäter zu überliefern. Für die Aufdeckung von Fälschungsstätten zählt das Reichsbankdirektorium bis zu 3000 M. Belohnung.

(c) Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. Wie uns die Handelskammer in Karlsruhe mitteilt, ist für eine teilweise erleichterte Übertragung des amerikanischen Gesellschaftsrechts für die Freigabe des deutschen Eigentums und die Regelung der deutschen und amerikanischen Schadenersatzansprüche (Settlement of War Claims Act of 1927) ausgegangen. In der Erläuterung sind diejenigen Bestimmungen behandelt, die die Interessen deutscher Eigentümer sowie die deutschen Schadenersatzansprüche an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffen. Interessenten können die Übertragung überseit bei den Handelskammern Karlsruhe, Karlsruhe 10, unentgeltlich einsehen.

Im Streit zwischen Zentralverband der Invaliden und der Vereinigung der Invaliden. Wir geben in Nummer 15 einem Bericht des Zentralverbandes der Invaliden Raum, in welchem einige Bemerkungen über die gemerliche Organisation, also der Vereinigung enthalten waren. Letztere schreibt uns nun in dieser Sache: Es ist nicht wahr, daß sich die Vereinigung der Arbeitsinvaliden und die Invaliden Baden gegenüber dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden einer unehrlichen Kampfesweise befleißigen. Unnahr ist ferner, daß beim letzten Vorsitzenden der Vereinigung der Arbeitsinvaliden ein namhafter Betrag zu Wohlfahrtszwecken zur Verfügung gestellt wurde, diesen Betrag jedoch zu Zwecken der Geschäftsführung verwendete. Wahr ist, daß dieser Betrag sofort nach Erhalt der Ortsgruppenkasse des

Zentralverbandes eingeführt wurde. (Das erfreulichste Schauspiel dieser Kampfzeit war nicht und wir müssen, nachdem der Angeklagte zu Wort gekommen ist, die beiden Parteien zur weiteren Austragung des Streites an eine andere Stelle verweisen, da dies im redaktionellen Teil unseres Blattes nicht geschehen kann. Die Red.)

Das Bad. Konservatorium für Musik, das durch sein unlangst veranstaltetes Kammerkonzert mit alter Musik allgemeines Interesse geseht hat, bringt nun in seinem nächsten Konzert, das am Samstag, den 5. Februar 1927, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses stattfindet, Werke zeitgenössischer Komponisten, die hier in Karlsruhe noch nicht zur Aufführung gekommen sind. In diesen Schöpfungen von Hindemith, Jarnach, Schell und Weismann werden durch Singschüler der Hilde und der Prastige zum Klavier eigenartige Klangkombinationen erreicht, die in Verbindung mit ungemein reizvollen Einfällen als besonders typischer Ausdruck des modernen Kammermusikstils erscheinen. Der einheitlich behaltene Eintrittspreis wurde wieder auf den außerordentlich niedrigen Betrag von 1 Mark festgesetzt.

Gedenkt der hungernden Vögel. Der Tiergärtnerverein bittet (im Anseitsenteil) der hungernden Vögel zu gedenken. Mitglieder erhalten bei Brodmüller und bei Weiß 4 Pfund Vogelfutter zu 1 Mark. Es sind in Karlsruhe über 40 Futterplätze zum Verein angelegt.

Der Vortrag über „Frauenkrankheiten mit Lichtbildern“, den der Kneippverein am heutigen Abend im Künstlerhaus veranstaltet wird, dürfte wohl jede Frau und jedes Mädchen interessieren, umso mehr als der Redner des Abends Herr Kurarzt Dr. Spengler aus Reuburg a. D. bekannt ist als besonders leicht verständlicher Redner. Nicht absehbar sind Krankheitsbilder, nicht angemessen vor Krankheiten will der Kneippverein, sondern Mittel und Wege zeigen, wie die Frauen sich vor Entkräftung schützen sollen; ferner wie sie ärztliche Anordnungen zu Hause richtig durchführen. Keine Frau verjähme daher diesen Vortrag.

Aus den Vororten

Darlganden
Generalversammlung des 1. Ring- und Stammklubs. Der Ring- und Stammklub ist der jüngste unserer Sportvereine und wenn er ein Mitgliedern noch nicht so stark ist als die älteren Sportvereine, so hat er im letzten Jahr doch bewiesen, daß er sich mit jedem Besuchsverein seiner Sparte messen kann. Der 1. Ring- und Stammklub des Vereins, Gen. Krimel, gab in der Versammlung am Sonntag, 16. Januar, den Gesellschaftern Bericht. Er wies darauf hin, daß der Verein im letzten Jahr sich sehr gut entwickelt habe, das beweist die Zunahme von 47 neuen Mitgliedern, denen nur 3 Austritte gegenüberstehen. Die Geschäfte des Vereins wurden in 12 Monatsversammlungen, 16 Vorstandssitzungen erledigt, 5 Sitzungen des Vorstandsausschusses, sowie 3 Sitzungen des Geschäftsausschusses Karlsruhe wurden besucht. Die Kreis- und Bezirksversammlungen wurden regelmäßig durch Delegierte besucht. Am 13. November gründete der Verein eine Fußballabteilung, welche dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angegliedert wurde und sich zum Teil schon als sehr lebensfähig geseht hat. Seit einiger Zeit steht der Verein in Unterhandlung wegen einem Sportplatz, welcher bereits angekauft ist. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Gen. Adolf Bösch, welcher unter den obwaltenden Umständen als gut bezeichnet werden kann. Die Berichte der Funktionäre über den Sportbetrieb waren alle befriedigend. Der 2. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Gesamtvorstandes nahm etwas längere Zeit in Anspruch. Die alten Vorstandsmitglieder wurden alle wiedergewählt, nur wurden einige Umstellungen vorgenommen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem warmen Appell an alle, für die Fortdauer des Vereins bestrebt zu sein, die gut verlaufene Versammlung.

Aus der Partei. Die Mitglieder des Bezirkskomitees treffen sich morgen Dienstag abend 8 Uhr zu einer wichtigen Sitzung in der „Linde“. Gleichzeitig machen wir die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am nächsten Samstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr Bezirksgeneralversammlung in der „Linde“ stattfindet. Wir bitten die Parteigenossen und -Genossinnen, in dieser Versammlung ebenfalls zahlreich zu erscheinen. Die Vorstände derjenigen Vereine, bei welchen Mitglieder unserer Partei sich befinden, werden gebeten, an diesem Abend keine Sitzungen oder Versammlungen abzuhalten.

Allgemeine Ortskrankenkasse oder Innungs-krankenkassen?

Die Gründung von Innungs-krankenkassen spukt seit einiger Zeit in den Köpfen einiger reaktionärer Innungsrafter. Ausgegangen ist diese Kampagne zunächst von der Krankenkasse der Baugewerksinnung, deren Existenz äußerst bedenklich geworden und die neueres Blut braucht, um lebensfähig zu werden. Die Rechnung war nicht über, aber ohne den Witz aufgestellt. Zunächst sollten die Innungs-krankenkassen der verschiedenen Innungen gearndet werden, um dann später sich aufeinander zu schließen, um dann mit der Krankenkasse der Baugewerksinnung sich zu verbinden. Bei den freien Vereinigungen wie der Vereinigung der Malermeister glaubte man, „hinten herum“ zu arbeiten. Hier sollten einfach die einzelnen Malermeister sich als Einzelmitglieder der Baugewerksinnung anschließen, und damit würden die Malermeister ohne weiteres Mitglieder der K.K. der Baugewerksinnung werden. Der Plan ging fehl, nicht zuletzt durch die Wachsamkeit der Malermeister bei der A.O.K. ihre Arbeitskräfte weiter zu verlieren. — Nun kamen die Schreinermeister an die Reihe. Sie durften nicht tadeln. Eine vorbereitende Innungsversammlung fand statt, die sich mit der Gründung einer Innungskasse beschäftigte. Der Gesellenausschuss nahm ebenfalls Stellung hierzu und protestierte einstimmig gegen die Gründung einer K.K. Seither hört man nichts mehr davon. Nun folgten die Schlossermeister. Hier das gleiche Spiel. Die Meister bzw. der Vorstand der Innung lud den Gesellenausschuss zu einer Sitzung ein, in welcher er die Zustimmung zur Gründung einer Innungskasse geben sollte. Die Meister veräußerten dem Gesellenausschuss breit zu schlagen, was dieser dankend ablehnte. Trotz des Protestes der Gesellen beantragte der Schlossermeister beim R.A. die Genehmigung zur Gründung einer K.K. Hierbei stellte sich folgendes interessante Bild heraus: Es waren neben 150 Gesellen 340 Lehrlinge beschäftigt. Da rebe noch einer von Lehrlingszuschriften, aber keine gar die unbedeutende Notwendigkeit einer Innungskasse. — Zu guterletzt wurde die Innung der Blech- und Installateurmeister nicht fehlen. Die vatten es aber am „schlauesten“. Es wurden mit großem Pomp die Gesellen zu einer losenartigen Gründungsversammlung am 4. 1. 27 eingeladen. Als Tagesordnung war vorzulesen: 1. Bedeutung und Wert der Innungs-krankenkasse. 2. Bildung des Gesellenausschusses. Am gleichen Abend hatte nun die Branchenleitung der Blecher und Installateure vom Deutschen Metallarbeiterverband eine Branchenversammlung

einberufen, in welcher Kollege Schulenburg über die Frage: „Innungskasse oder Ortskrankenkasse“ referierte. In kurzen präzisen Worten beleuchtete der Redner die Bereiftheit unserer heutigen sozialen Versicherungsweise und stellte Licht- und Schattenseiten größerer und kleinerer Kassen einander gegenüber. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden von sämtlichen folgenden Diskussionsrednern unterföhrt und einstimmig eine Entschlieung angenommen, in welcher die Gesellen einstimmig Protest gegen die Gründung einer Innungskasse einlegten und vom Versicherungsamt die Verfassung der Gesellen, falls sie von den Meistern beantragt würde, erwarten. Nach Annahme dieser Resolution gegen die Gesellen geschlossen nach der von den Meistern einberufenen Versammlung in den „Goldenen Adler“. Dort sahen neben einigen Vorkämpfern, die von den Arbeitern vorher in die Versammlung geschickt wurden, neben dem Referenten einem Herrn Georg Enslmann, einem Beamten der Landesversicherungsanstalt Baden, der Syndikus und 8 Meister. Es waren nunmehr 64 Gesellen anwesend. Nachdem der Plan der Innung, schnell einen ihnen annehmenden Gesellenausschuss zu bilden, vereitelt, und der bestehende Gesellenausschuss bestätigt wurde, produzierte sich der Referent als ein „Greis, der auf dem Dach sitzt, und sich nicht zu helfen weiß“. Keinen, auch nur einiaermahen sichhaltigen Grund, konnte er zur Begründung seines Themas anführen, nur ein steinerweiches Gestammel brachte er hervor. Zwei Dinge aber, die er gläubig als Beweis anführen zu können, daß die A.O.K. zu große Ausgaben habe, und die K.K. „billig“ wäre, möchten wir nicht vergessen, der stamenden Verlesung mitzutellen. 1. Die A.O.K. muß die Buchfrauen aufnehmen, deshalb ist sie teuer und 2. bei der K.K. sollen die Beiträge hälftig getragen werden, deshalb ist sie für die Gesellen billig, aber dann ist auch die Verwaltung hälftig zusammengeleht. Das zog Armer G., wie kann man so geschwätzig sein! Auf die Frage der anwesenden Gesellen, wer denn diese Buchfrauen seien, ob sie nicht durchgängig Arbeiterfrauen wären und nur deshalb arbeiten müßten, weil die Löhne ihrer Männer zu nieder gehalten, blieb der Redner die Antwort schuldig. Der Plan, in der K.K. die Beiträge deshalb hälftig zu gestalten, um den Einfluß der Gesellen bei der Verwaltung auszuüben, ist noch durchzuführen und kenneichnet bistaria die Situation. Wo den Herren Innungsraftern ist es nicht darum zu tun, weniger Beiträge zu bezahlen, wenn nur der Einfluß der Verleserten, für die doch die K.K. letzten Endes da ist, gebrochen wird. Der Branchenleiter Koll. Ehret verzweifelte nun als Diskussionsredner die „Rebe“ des Herrn Enslmann bis ins kleinste unter dem Beifall der Anwesenden, so daß G. immer kleiner wurde. Auch der Obmann des Gesellenausschusses Kollege G.H.L., der im Namen derselben die Erklärung abgab, daß sie nie die Zustimmung der Gesellen zur Gründung einer K.K. erhielten, wurde mit totemdem Beifall der Anwesenden quittiert. Nun kam zu guterletzt noch Herr Mechnmeister Weiß, der dem Vorstand der Innung, seinem Syndikus und Herrn G. bittere Wahrheiten ins Gesicht schleuderte. Er verpflichtete was noch übrig blieb von dem Referat des Herrn G. und stellte die Frage, auf welche Berechnung denn die Innung ihre Vorarbeiten der Gründung einer K.K. aufbauen wolle. Er bewies an Hand der Tafeln, daß eine K.K. teurer arbeiten müße, als eine große A.O.K., wie auch die Statistik beweise, daß die Verwaltungskosten bei den K.K. 16 Prozent betragen, jedoch bei den A.O.K. nur 9 Prozent. Ein Antrag des Herrn Weiß, die Innung möge zunächst einmal rechnerische Grundlagen zur Gründung einer K.K. schaffen, wurde denn auch mit dem Stimmen der Gesellen beschlossen.

Ob die Gesellen dies erleben werden? Warten wir ab, dann wollen wir uns wieder mit den reaktionären Einfällen der Innung näher befassen.

Markt und Bände

Branchenvereinsfest Minner Karlsruhe. Die Generalversammlung stellte einen Reingewinn von 374 954 Mark fest. Davon werden 6 Prozent auf Dividende auf Voraussetzungen und 8 Prozent auf Stammaktien verteilt. Die Abschreibungen betragen 177 953 M. Die Ausstöße hat sich gegenüber dem Vorjahre um 22 Prozent erhöht und damit fast 70 Prozent des Friedensausstoßes erreicht. Die Regularien wurden ohne Einwände erledigt.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: 6. Sinfoniekonzert. Von 8 bis 9.30 Uhr.
Bad. Volkshochschule (Konzertsaal): „Die weiße Schwanen“. Abends 8 Uhr.
Kneipp-Verein Karlsruhe: Abends 8 Uhr im Künstlerhaus Lichtbilder-Frauen-Vortrag.
Uniontheater: „Die Räuber einer schönen Frau“. Programm.
Colosseum: Abends 8 Uhr: „Die Tugendbrüder“. —
Kammer-Volkstheater: „Madame wünscht keine Kinder“. —
Wochenchau.
Reifens-Volkstheater: „Ben Sur“.
Central-Volkstheater: „Jagd auf den Tod“.
Kaloch-Volkstheater: Pat und Patagon auf hoher See, Gymnas freier Tag. Wunder der Zeitlupe.
Weltkino: „Soot Gibson, der Räuber der Berge“. „Der Dämon der Vandrache“.
Im Saale des Kaffee Romad: Abends 8 Uhr: Vortrag des Evangelisten R. Schwel-Berlin: „Die gegenwärtigen und zukünftigen Ereignisse im Lichte der Bibel“.

Briefkasten der Redaktion

Kastl. Buntenstraße 20.

Interessante technische Neuerungen in der Zigaretten-Industrie

Im Laufe der Jahre ist der Raucher anpruchsvoller geworden. Er verlangt, daß ihm seine Zigarette in einer äußerlich ansehnlichen Aufmachung dargeboten werde. Und in der Tat, der Wohlgeschmack einer Zigarette wird nicht nur durch Gaumen und Geruchssinn, sondern fast in gleichem Maße durch das Auge bestimmt. Nur war es bis jetzt zu teuer, für die gänzligen Zigarettenmarken ansehnliche Packungen zu verwenden.

Jetzt hat man eine Lösung gefunden durch Benutzung eines Verfahrens bei der Herstellung der Kartons, das in der Metallindustrie bereits seit Jahren erprobt ist. Die neuen Zigarettenautomaten liefern sauber gearbeitete, stabile und haltbar aussehende Kartons, die bei niedrigen Umkosten, Geklein — Deutschlands älteste selbständige Zigarettenfabrik mit 80jähriger Tradition und Erfahrung — hat mit Hilfe solcher technischer Neuerungen soeben eine neue Zigarette auf den Markt gebracht, die den altbekannten Namen „Eckstein“ führt. Die Zigarette hat den billigen Preis von 4 Pfennig, übertrifft aber dank ihrer modernen Ausstattung und besonders hochwertiger milden Qualität alles bisher Gebotene und befriedigt daher auch den verwöhnten Raucher.



Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft in
Herren- und Damen-Stoffen
Wäsche- und Haushaltungs-Stoffen

Moninger Bier

unübertroffen
an Reinheit und Güte

Am Leben man zehn Jahr gewinnt — Wenn früh man mit YOGHURT beginnt

DR. AXELROD'S YOGHURT

Vom Orient zum Occident — Immer man ihn lobend nennt.

Alleinerzeugungsrecht für Karlsruhe: **Städtische Milchzentrale** Zähringerstraße 45/47
Telefon Nr. 5294, 5295
Beim Einkauf achte man darauf, daß das Glas und der Verschluss die Aufschrift trägt
— DR. AXELROD'S YOGHURT —



Auskunft erteilt:
**Städt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätsamt**
Installations-Abteilg. f. Elektrizität
Karlsruhe i. B., Kaiserallee 11.

Deutsche Signallaggen-Fabrik

G. m. b. H.
Karlsruhe (Baden) Kaiserallee 25
Fabrikation von Fußballen
Rucksäcken / Windjacken
— Verkauf nur an Wiederverkäufer —

Damen-Moden

Qualitätsware
zu billigen Preisen
Frau M. Eisenhardt
Kaiserstr. Nr. 50a Ecke Adlerstr.

Anerkannt

gut und billig
kaufen Sie

Damen- und Kinder- Konfektion

im grössten Spezialhaus

Hugo Landauer
Kaiserstrasse 145

Kofferfabrik Eduard Müller

Haus für Reise und Sport
Waldstrasse 45 — Fernsprecher 2165
Denken Sie beim Einkauf Ihres
Koffers an mein konkurrenzloses
eigenes Fabrikat!
In Lederwaren führe ich nur preis-
werte Qualitätsware und halte
stets eine große Auswahl in Damen-
taschen, Geldbeutel, Mappen usw.
(Vollrind-, Aktomappe, etc.)
Meine Sportabteilung bietet Ihnen
günstige Gelegenheiten für den Be-
trieb in sämtlichen Sportarten!
Erstklassige ausgesuchte Ski und
Stöcke mit sämtlichem Zubehör
(Mein diesjähriger konkurrenzloser
Ski mit Bindung Mk. 21.50)

KOPFZERBRECHER

Nr. 6
Aus den Silben: a - a - al - at - ar - at - ba - be - bee - bel - ber - ber -
born - de - de - der - dri - el - el - fen - fer - ger - que - gru - ghu -
ha - her - in - la - lai - la - la - lan - le - lu - ma - man - me - milch -
na - na - nie - no - nuß - o - bel - phis - re - ren - ri - sa - sen - sen -
fi - her - tau - te - te - ti - tit - to - to - tor - tra - tragt - u - ul -
un - un - un - wein - zeit - zit - zo
sind 26 Wörter zu bilden, deren erste Buchstaben von oben nach unten und deren dritte Buchstaben
von unten nach oben gelesen, eine feinsinnige Erlebung zeigen. Die Wörter bedeuten: 1. Verdri,
2. Uniformität, 3. Italienischer Fluß, 4. Baum, 5. pers. Gebüsch, 6. Erprobungsplatz, 7. Heftig,
8. kaum Begriff, 9. türkische Stadt, 10. Gehalt aus Kautschuk, 11. holl. Insel, 12. Stadt in der Schweiz,
13. Schule, 14. Sanatoriumsrichtung, 15. Gebäud., 16. Fischspeise, 17. Lobgesang, 18. Sonnenstrahl,
19. Getränk, 20. höher Geist, 21. Rührer, 22. Reispferd, 23. Musikinstrument, 24. Befehlungsstück,
25. Bezeichnung für gefülltes Gefäß, 26. Nahrungsmittel
Auflösung aus Nr. 5:
1. Davicht, 2. Horn, 3. Seban, 4. Zogo, 5. Dänemark, 6. Urne, 7. Eichenlaub, 8. Lamm, 9. Weife,
10. Kronstab, 11. Serenade, 12. Gobi, 13. Underberg, 14. Zogo, 15. Gelweiß, 16. Spaten, 17. Zitron,
18. Unterchlupf, 19. Bergau, 20. Eba, 21. Republik
Hast du etwas gutes zu verkaufen, so gib es bekannt!

Aretz & Co.

Inhaber: **Arthur Fackler**
Karlsruhe i. B. * Kaiserstr. 215
Telefon 219
Postscheck-Konto: Karlsruhe 6875
Gummiwarenhaus — Krankenpflege-Artikel
Sämtl. Gummiwaren und Kranken-
pflege-Artikel, Gummikurzwaren,
Hygienische Artikel, Damen- und
Herren-Bedienung
Linoleum in Stückware, Laufer,
Teppiche, Vorlagen, Uebernahme
ganzer Bauten und Zimmerbeläge
durch erfahrene Leser. Boden-
wachs, Bodenöl, Reinigungsmittel,
Cocosläufer und Cocosmatten,
Korkmatten
Wachstuche in allen Breiten
Ledertuche, Gummistoffe

Geschwister Gutmann

Damenhüte
Stets Eingang der letzten Modeneuheiten
Karlsruhe, Kaiserstraße 122
14 Schaufenster Telefon Nr. 618

GESCHWISTER KNOPF

KARLSRUHE
Das große Kaufhaus für Alle
Das große Kaufhaus für Alle

Das Spezialgeschäft für Qualitätswaren

Teppiche, Vorlagen, Tisch- u.
Divandeecken, Läuferstoffe,
Felle, Reise- u. Autodecken
Teilszahlung gestattet
Teppich-Haus Carl Kaufmann
Karlsruhe
Kaiserstraße 157 1 Treppe hoch
gegenüber der Rheinisch. Creditbank

Zeumer Pelze

Karlsruhe (Baden)
Kaiserstr. 125/127
Eigen. Herstellung
unvergleichlich
billig
Verlangen Sie unser | Zahlungs-
Pelz-Modellblatt gratis | erleichterung



Die beste
Dauerwäsche
kauft man billigst im
Spezial-Dauerwäsche-Geschäft
Andr. Weing jr.
Karlsruhe, Kaiserstrasse 40.

C. Reinholdt Sohn
Inh. Heinrich Koch
Karlsruhe, Kaiserstr. 161
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Bestecke, Traringe
Werkstatt für Reparatur und
Reparatur. — Hausuhren

Gute MÖBEL

außergewöhnlich
billig zu günstigen
Bedingungen

Holz-Gutmann

Kaiserstr. 109 u. Karistr. 30
Langjähr. Garantie!
Größte Auswahl!

**Pfaff-, Adler- und Mappes-
Nähmaschinen**
sind erstklassige deutsche Fabrikate
Strickmaschinen Fahrräder
Zahlungserleichterung
Georg Mappes, Karlsruhe
nur Karl Friedrichstraße 20

Der Volksfreund

ist die in Mittelbaden
weitestverbreitete
politische
Zeitung!
*
Inserate
bringen in demselben
besten Erfolg!

Anerkannt leistungsfähiges Haus

zur Eindeckung jeglichen Bedarfs in
Damen- und Kinder-Bekleidung, Damenkleider
und Blusenstoffen, Herren- und Knaben-Anzug-
stoffen, Manufakturwaren, Aussteuerartikeln etc.

Carl Schöpf Karlsruhe Markt-
platz

